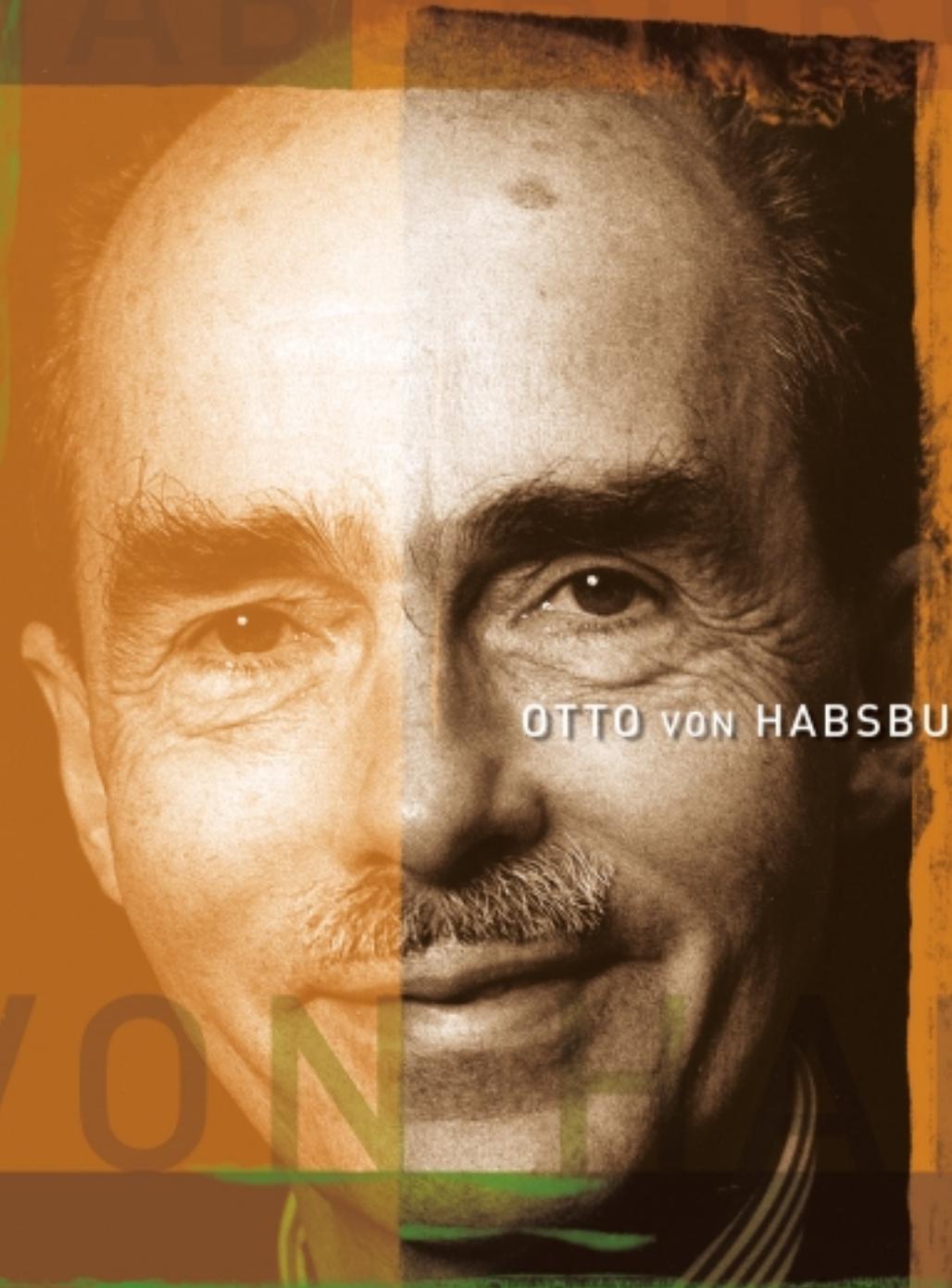


OTTO VON HABS



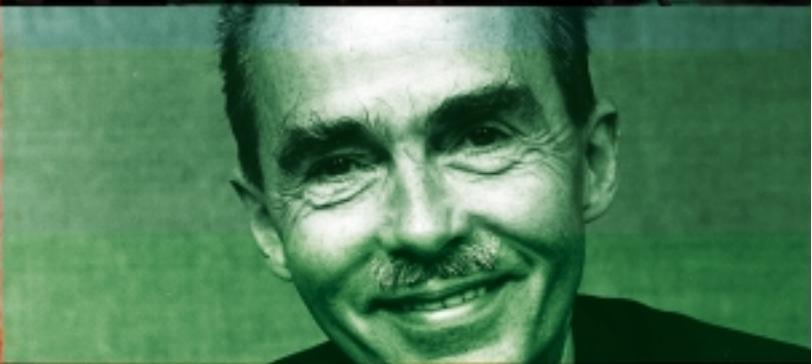
OTTO VON HABSURG

VON HABS

OTTO VON HABSBU

INHALT

I. VORWORT	<u>1</u>
VON HANS-GERT PÖTTERING, VORSITZENDER DER EVP-ED-FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	
II. LEBENSLAUF	<u>20</u>
VON OTTO VON HABSBU	
III. AUSWAHL VON REDEN	<u>30</u>
VON OTTO VON HABSBU AUF PLENARTAGUNGEN (1979-1999)	



I.VORWORT VON HANS-GERT PÖTTERING FÜR DIE PUBLIKATION ZUM 90. GEBURTSTAG VON OTTO VON HABSBU



Es gibt nur wenige außergewöhnliche Persönlichkeiten, in deren Leben und Wirken sich das Zeitgeschehen, seine Probleme, seine Hoffnungen und seine Ideale in so besonderer Weise widerspiegeln wie im Lebensweg Otto von Habsburgs.

Anlässlich der Vollendung seines 90. Lebensjahres möchte die Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokaten im Europäischen Parlament Otto von Habsburg mit der Herausgabe einer Auswahl von Debattenbeiträgen ehren, die er in den zwanzig Jahren seiner Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament, von 1979 bis 1999, auch im Namen unserer Fraktion gehalten hat. Wir möchten damit das politische Wirken einer Persönlichkeit der Zeitgeschichte und dessen Weitblick in einer Phase des Umbruchs in Europa würdigen.

Otto von Habsburg, Vater von sieben Kindern, wurde am 20. November 1912 in Reichenau (Niederösterreich) als ältester Sohn von

Erzherzog Karl von Österreich (des späteren Kaisers Karl) und Prinzessin Zita von Bourbon-Parma (der späteren Kaiserin) geboren. Nach erzwungener Flucht aus Österreich-Ungarn am 24. März 1919 folgten Jahre des Exils in der Schweiz, in Portugal, Spanien, Belgien, Frankreich und in den USA. Als Gegner des Nazi-Regimes wurde er ab 1938 von den Nationalsozialisten steckbrieflich verfolgt. Nach Kriegsausbruch verhalf er Tausenden NS-Verfolgten, zumeist jüdischer Herkunft, bei der Flucht.

Am 31. Mai 1961 unterzeichnete Otto von Habsburg eine Erklärung, die den Verzicht auf Titel und Thronanspruch bedeutete. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof gewährte 1966 seiner Familie (die seit 1954 in Deutschland wohnt) das Recht auf eine Rückkehr nach Österreich.

Seit 1936 ist Otto von Habsburg Mitglied der Paneuropa-Union. 1940 wurde er deren Vertreter in Washington und engagierte sich im Vorstand der Internationalen Paneuropa-Union an der Seite des Gründers Richard Graf Coudenhove-Kalergi für die europäische Einigung. 1957 wurde er ihr Vizepräsident und 1973 ihr Präsident.

Die europapolitische Bühne betrat Otto von Habsburg im Juni 1979 als Mitglied des ersten Europäischen Parlaments, das aus allgemeinen Direktwahlen hervorging; er gehörte dem Europäischen Parlament vier Wahlperioden lang an.

Otto von Habsburg war als Obmann der EVP-Fraktion im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, als Vizepräsident der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Ungarn sowie als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte mit seiner außerordentlichen Überzeugungskraft einer der großen Verfechter der Menschenrechte in der Welt.

Markante Initiativen galten, gleich nach seiner Wahl in das Europäische Parlament, der Situation in Afghanistan nach dem Einmarsch der Sowjetarmee, der Schaffung einer eigenen Europa-Fahne für die Europäische Gemeinschaft, dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, dem Widerstand gegen die Verhaftung des Akademiemitglieds Andrej Sacharow, dem Konflikt in der westlichen Sahara sowie der Einführung eines europäischen Passes. Einige seiner Themen und Initiativen haben sich wie ein roter Faden durch die Plenardebatten des Parlaments gezogen und ihre Aktualität bis heute nicht verloren.

Otto von Habsburgs Herzensanliegen war und ist die Vollendung der Einigung Europas. Schon früh hatte er den Verfall des Kommunismus vorausgesagt und so konnte er - nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 - entscheidenden Einfluss auf die Weichenstellung für den bevorstehenden Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder aus dem ehemaligen kommunistischen Einflussbereich zur Europäischen Union nehmen.

Zeugnis von seinem Gedankenreichtum geben seine wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit mit der Veröffentlichung von 32 Büchern in neun Sprachen zu Themen aus Geschichte und Politik, insbesondere der Europa-Politik, ebenso wie seine zahlreichen Vorträge in allen Teilen der Welt.

Persönlich möchte ich Otto von Habsburg für viele Jahre freundschaftlicher Zusammenarbeit sehr herzlich danken. Sein Beispiel und Vorbild ist Ansporn für unsere Fraktion, den Weg der Einigung unseres Kontinents engagiert und entschlossen weiterzugehen.

Otto von Habsburg, der sich auch heute in Deutschland, Europa und auf allen Kontinenten unermüdlich für seine Überzeugungen und Ideale einsetzt, wünsche ich von Herzen noch viele Jahre bei guter Gesundheit und Gottes Segen!

HANS-GERT PÖTTERING
VORSITZENDER DER EVP-ED-FRAKTION
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

II. LEBENS LAUF VON DR. OTTO VON HABSBU R G

Geboren am 20. November 1912 in Reichenau, Niederösterreich. Ältester Sohn von Erzherzog Karl von Österreich (dem späteren Kaiser von Österreich, König von Ungarn, Böhmen, Kroatien usw.) und Prinzessin Zita von Bourbon-Parma (der späteren Kaiserin). Ab 1916 Kronprinz von Österreich-Ungarn.

In Österreich-Ungarn bis 1919, anschließend bis 1921 im Exil in der Schweiz. Sein Vater, Kaiser Karl, stirbt am 1. April 1922 im Exil auf Madeira (Portugal). Von 1922 bis 1926 lebt die Familie in Lequeitio (Spanien), anschließend bis 1939 in Steenockerzeel (Belgien). Das Exil war die Folge des österreichischen Habsburger-Sondergesetzes, das die Familie bei Enteignung des Vermögens aus ihrer Heimat verbannte. Recht auf Rückkehr nach Österreich erst 1966, auf Grund eines Spruches des Obersten Verwaltungsgerichtshofes. 1939 Aufenthalt in Paris, anschließend von 1940 bis 1944 in Washington, D.C. (USA). 1944 bis 1951 Aufenthalt in Frankreich, unterbrochen nur von einigen Monaten in Österreich im Jahr 1945, anschließend in Spanien. Seit 1954 in Pöcking (Bayern).

Seit 1951 verheiratet mit Prinzessin Regina von Sachsen-Meiningen, sieben Kinder (fünf Töchter und zwei Söhne).

Studien:

Matura (Abitur) nach dem österreichischen und ungarischen Programm in Spanien. Studium an der Universität von Louvain (Leuven) in Belgien. 1935 Doktorat der politischen und sozialen Wissenschaften.

Politische Tätigkeit:

Bekämpfung des Nationalsozialismus, daher ab 1938 steckbrieflich verfolgt; 1938 energischer Gegner des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich; bei Kriegsausbruch half er mehr als zehntausend NS-Verfolgten, meist Juden, bei der Flucht nach Übersee. Seit 1936 Mitglied der Paneuropa-Union und ab 1940 deren Vertreter in Washington, mit besonderem Einsatz für die Völker der ehemaligen Donaumonarchie. Ab 1942 Aktionen zur Verhinderung der geplanten Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland und den Ostgebieten. Nach dem Krieg kurzer Aufenthalt in Österreich; Ausweisung auf Verlangen der sowjetischen Besatzungsmacht.

Tätigkeit für die europäische Einigung im Vorstand der Internationalen Paneuropa-Union an der Seite des Gründers Richard Graf Coudenhove-Kalergi. Ab 1957 Vizepräsident der internationalen Paneuropa-Union, seit dem Tode Coudenhove-Kalergis im Jahr 1973 ihr Präsident.

Mitglied des Europäischen Parlamentes seit der ersten Direktwahl am 10. Juni 1979 bis Juni 1999. Im Parlament Obmann der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, Vize-Präsident der Ungarn-Delegation, außerdem aktiv im Ausschuss für Recht und Bürgerrechte.

Am 19. August 1989 Schirmherr des Paneuropa-Picknicks in Sopron (Ödenburg) an der österreichisch-ungarischen Grenze, wo seine Tochter Walburga den Eisernen Vorhang durchschneidet, was etwa 700 Deutsche aus der „DDR“ zur größten Massenflucht seit dem Mauerbau nutzten. Das war der letzte Anstoß zum Zusammenbruch des Kommunismus.

Wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit:

Bisher Veröffentlichung von 32 Büchern in neun Sprachen zu Themen der Geschichte, Politik und Sozialpolitik, insbesondere der Europapolitik. Zahlreiche Vorträge in verschiedenen Teilen der Welt. Seit 1953 verfasst er, neben vielen anderen Artikeln, eine wöchentliche Chronik zum Weltgeschehen, die in 21 Tageszeitungen in fünf Sprachen erscheint.

Mitgliedschaften und akademische Ehrungen u.a.:

Académie des Sciences Morales et Politiques, Institut de France in Paris; Real Academia de Ciencias Morales y Políticas in Madrid; Academia da Cultura Portuguesa in Lissabon; Academia Mejicana de Derecho Internacional in Mexico; Académie du Royaume du Maroc; Professor h.c. der Universität von Bogotà (Kolumbien); Ehrenmitglied des Instituto de Estudos da Marinha in Portugal; Honorary Fellowship der Universität Jerusalem; Dr. h.c. der Universitäten von Nancy, Tampa, Cincinnati, Ferrara, Pecs/Fünfkirchen, Budapest, Turku, Osijek und Skopje.

Orden und Auszeichnungen:

Großkreuz des päpstlichen Gregoriusordens mit Band und Stern; Bayerischer Verdienstorden; Großkreuz Lion d'Or von Luxemburg, Großkreuz des Ordens Carlos III. von Spanien; Orden de Africa; Großes Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; König Zvonimir-Orden von Kroatien; Maarjaa Maa Orden (Marlenland-Orden) der Republik Estland; Großkreuz des Verdienstordens der Ungarischen Republik, Commandeur de l'Ordre de la Légion d'Honneur von Frankreich.

Europäischer Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft; Ehrenplakette für Verdienste um das Volkstumsrecht und den deutschen Osten des Bundes der Vertriebenen; Médaille du Mérite Européen von Luxemburg; Robert-Schuman-Goldmedaille 1977; Goldmedaille der Stadt Paris; Konrad-Adenauer-Preis 1977; Louise-Weiss-Preis; International Humanitarian Award der jüdischen „Anti-Defamation League“; Europa-Medaille des Freistaates Bayern.

III. AUSWAHL VON REDEN VON OTTO VON HABSBURG AUF PLENARTAGUNGEN (1979-1999)

Nachstehend werden Reden im Wortlaut wiedergegeben, die Otto von Habsburg als Europa-Abgeordneter der EVP-Fraktion im Zeitraum von 1979 bis 1999 auf Plenartagungen des Europäischen Parlaments gehalten hat.

Diese Textauswahl ist nicht erschöpfend, sie soll lediglich ein möglichst umfassendes Bild der Gegenstände und Themen vermitteln, zu denen Otto von Habsburg vor dem Europäischen Parlament gesprochen hat.

Die Aufzählung der Beiträge erfolgt in chronologischer Reihenfolge.

1. Hunger in der Welt
Straßburg, 25. Oktober 1979
2. Einheitlicher europäischer Reisepass
Straßburg, 12. März 1980
3. Europäischer Rat von Luxemburg 27. und 28. April 1980
Straßburg, 21. Mai 1980
4. Die Lage in Zentralafrika
Straßburg, 19. Juni 1980
5. Die KSZE-Konferenz in Madrid
Straßburg, 15. Oktober 1980
6. Situation der Frau in der Gemeinschaft
Luxemburg, 11. Februar 1981
7. Westsahara (Dringlichkeitsentschließung)
Straßburg, 12. März 1981
8. Vorbeugende Terrorismusbekämpfung
Straßburg, 9. Juli 1981



- 
9. Situation in Polen
Straßburg, 17. Dezember 1981
 10. Europäischer Rechtsraum
Straßburg, 8. Juli 1982
 11. Mehrsprachigkeit in der Gemeinschaft
Straßburg, 14. Oktober 1982
 12. Estland, Lettland, Litauen
Straßburg, 13. Januar 1983
 13. Europäisches kulturelles und soziales Erbe
Straßburg, 10. Februar 1983
 14. Menschenrechte
Straßburg, 22. Mai 1984
 15. Beitritt Spaniens und Portugals
Straßburg, 17. Januar 1985
 16. Die Einrichtung des Sacharow-Preises
Straßburg, 12. Dezember 1985
 17. Appell zur Schaffung der Demokratie in Osteuropa
Straßburg, 23. Oktober 1986
 18. Sprachen und Kulturen der regionalen und ethnischen Minderheiten
Straßburg, 30. Oktober 1987
 19. Die Förderung der europäischen Kultur
Straßburg, 11. März 1988
 20. Ethnische Minderheiten in Rumänien und in der UDSSR
Straßburg, 7. Juli 1988
 21. Situation in den Baltischen Staaten und in Armenien
Straßburg, 19. Januar 1989
 22. Mitteilung des EG-Rates und der EG-Kommission zur Deutschen Einheit
Straßburg, 14. Februar 1990
 23. Abkommen EWG-Ungarn, Polen und Tschechoslowakei
Straßburg, 22. November 1990
 24. Situation in Jugoslawien
Straßburg, 9. Juli 1991
 25. Perspektiven für die Erweiterung der EG
Straßburg, 10. Februar 1993
 26. Menschenrechte (Klonierung menschlicher Embryos)
Straßburg, 28. Oktober 1993
 27. Situation in Tschetschenien
Straßburg, 19. Januar 1995
 28. Abkommen mit Marokko (Menschenrechte in Marokko und der Westsahara)
Brüssel, 5. Juni 1996
 29. Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments (Vorsitz: Otto von Habsburg)
Straßburg, 13. Januar 1997
 30. Erweiterung - Agenda 2000
Brüssel, 3. Dezember 1997
 31. Beitrittsgesuch (Ungarn)
Straßburg, 14. April 1999
 32. Friedensprozess im Nahen Osten
Straßburg, 6. Mai 1999



Kai-Uwe von Hassel, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der EUCD, Gero Pfennig, ehemaliger MdB, Rudolf Luster, ehemaliger MdEP, Rainer Barzel, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, Otto von Habsburg, Heinrich Aigner, ehemaliger MdEP und Paolo Barbi, Vorsitzender der EVP-Fraktion (1982-1984)



Alfons Goppel, Ministerpräsident von Bayern (1962-1978) und Otto von Habsburg

Pierre Pflimlin,
Präsident des Europäischen
Parlaments (1984-1987)
und Otto von Habsburg



Otto von Habsburg,
Leo Tindemans, Vorsitzender
der EVP-Fraktion (1992-1994)
und Ingo Friedrich,
heutiger Vizepräsident des
Europäischen Parlaments



Erhard Jakobsen,
Vorsitzender der dänischen Delegation (1982),
Otto von Habsburg und Heinrich Aigner,
ehemaliger MdEP



Frau von Habsburg,
Otto von Habsburg
und José María Gil-Robles
Gil-Delgado,
Präsident des Europäischen
Parlaments (1997-1999)



1. HUNGER IN DER WELT¹

Herr Präsident, die Probleme der internationalen Solidarität sind auf zwei Ebenen angesiedelt. Zum einen gibt es die Katastrophenhilfe, d.h. die Hilfeleistung in Ausnahmefällen, z.B. die Tragödien in Kambodscha und Vietnam oder die blutigen Folgen der sowjetischen Hegemonialpolitik in Afghanistan. Die internationale Staatengemeinschaft muss in einem solchen Fall Sofortmaßnahmen ergreifen, um den Tod zahlreicher Menschen zu verhindern. Selbstverständlich handelt es sich dabei um Ausnahmefälle. Viel wichtiger ist die Frage, wie dem Elend in der Welt begegnet werden kann. Hier gilt es, eine realistische Politik durchzuführen und endlich damit aufzuhören, leere Phrasen mit einem konkreten Arbeitsprogramm zu verwechseln.

Bis vor kurzem – im relativen historischen Maßstab betrachtet – haben wir noch Hungersnöte in Europa erlebt. Erst nach der Abkehr von der dirigistischen Politik und der Anwendung der Grundsätze der Marktwirtschaft gelang es uns, diese Geißel abzuwenden. Unter diesem Blickwinkel ist der Hunger unter anderem ein politisches Problem. Dies wird heutzutage in der Sowjetunion sichtbar, die damals das wichtigste Agrarland der Erde war und nach 60 Jahren marxistischen Fehlmanagements gezwungen ist, Lebensmittel aus marktwirtschaftlich orientierten Ländern zu importieren. Unter diesen Bedingungen erscheint es plausibel, dass einer der anerkanntesten Ökonomen Indiens die Auffassung geäußert hat, eine der wesentlichen Ursachen des Hungers in der Welt sei die Tatsache, dass, während vor dem Zweiten Weltkrieg lediglich 6 % der Weltbevölkerung unter kommunistischer Herrschaft lebten, der neue Totalitarismus sich derzeit auf 36 % der Menschheit ausgedehnt habe. Es ist bezeichnend, dass sich die Ernährungssituation in den Städten der Volksrepublik China spürbar verbessert hat, seit man sich neu orientierte und 7 % des Bodens der freien Verfügung der Landwirte überlassen wurden.

Das genaue Gegenteil erleben wir in Angola, einem einstmals so blühenden Land, das nach der Machtübernahme der marxistischen MPLA in ein solches Elend geraten ist, dass es Lebensmittel einführen muss und sogar im letzten Jahr gezwungen war, aus der Schweiz Kaffee für seine Krankenhäuser einzuführen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts war Angola jedoch noch eines der wichtigsten Kaffeeerzeugerländer der Erde. Zu dieser Feststellung des organischen Zusammenhangs zwischen Marxismus und Hunger kommt die Tatsache, dass die Last der Entwicklungshilfe auf wenigen Schultern ruht. So beläuft sich beispielsweise der Beitrag der sozialistischen Länder zur Entwicklungshilfe auf lediglich 0,03 % ihres Bruttosozialprodukts. Zieht man von diesem Betrag das hauptsächlich für die militärische Hilfe für die Comecon-Staaten, Vietnam und Kuba verwendete Geld ab, so reduziert sich der von den kommunistischen Staaten für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellte Anteil des Bruttosozialprodukts auf 0,01 %.

Nun aber werden 80 % dieser Hilfe von zwölf Staaten aufgebracht, die die Sowjetunion aus militärischen und strategischen Erwägungen oder als Rohstofflieferanten für wichtig erachtet. Hinzuzufügen ist, dass die Sowjetunion sich darum bemüht, die Rohstoffe unter dem Weltmarktpreis einzukaufen, und sich gleichzeitig ihre Exporte teuer bezahlen lässt. Ein vielsagendes Beispiel dafür ist der Bauxithandel in Guinea. Und hier sind es gerade die Sowjetunion und ihre Freunde einschließlich ihrer Handlanger im Westen, die Europa regelmäßig vorwerfen, nicht genug für die Bekämpfung des Hungers in der Welt zu tun.

Heute sind wir durchaus in der Lage, in ausreichendem Maße ein Vielfaches der aktuellen Weltbevölkerung zu ernähren. Der Hunger ist kein Schicksal. Natürlich muss man ebenfalls zu der Erkenntnis gelangen, dass es nicht ausreicht, automatisch die Subventionen für die Entwicklungsländer zu erhöhen. Ein Scheck hat bislang noch niemals ein Problem gelöst, wenn es kein klares Vorhaben für die Verwendung des Geldes gibt. Kein Saatgut kann aufgehen, wenn es auf unfruchtbaren Boden gefallen ist.

Damit die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion stimuliert wird, müssen zuvor einige weltweite und politisch heikle sozioökonomische Schwierigkeiten gelöst werden. Zahlreiche überfällige Maßnahmen hängen nicht oder nur zum Teil von der Beihilfe an Länder außerhalb der Gemeinschaft ab. Entscheidend ist, dass es hinreichend Anreize für die Landwirte gibt, dass die Preise die Kosten decken, dass Maßnahmen für eine Agrarreform ergriffen werden, dass die unerlässlichen Infrastrukturen geschaffen werden. Fehlen diese Maßnahmen, dann wird den fehlgelenkten Entwicklungsländern die Aufnahmekapazität für eine erhöhte Beihilfe an Länder außerhalb der Gemeinschaft fehlen.

Um den Hunger in der Welt abzuwenden muss ein Bewusstseinswandel vor allem in den Entwicklungsländern stattfinden, und man muss bereit sein, die Produktivkräfte der Völker zu entfalten, d.h. die Grundsätze der Marktwirtschaft anzuwenden. Wir schlagen vor, dass man sich der tatsächlichen Prioritäten annehme: Landwirtschaft, Bildung, Verkehr. Wir müssen ebenfalls erkennen, dass es über unsere Kräfte geht, allen gleichzeitig zu helfen. Daher gilt es, den Mut aufzubringen, die Hilfe langfristig auszurichten, für die Länder, die die besten Bedingungen für Erfolg bieten.

Nur wer die Stichhaltigkeit dieser grundsätzlichen Schlussfolgerungen erkennt, kann eine gesunde Weltwirtschaftsordnung schaffen. Als Europäer sollten wir uns für unser Europa nicht schämen, denn unsere Anstrengungen und unsere Intelligenz haben es ermöglicht, wirtschaftlichen Fortschritt in der Welt zu schaffen. Hierzu möchte ich gern meinem Freund Pannella sagen: Europa hat keine hinreichende Selbstkritik geübt, sondern es mit der Selbstkritik übertrieben; Europa hat nur zu oft das eigene Nest beschmutzt.

In diesem Sinne möchte ich meine Rede schließen. Was unsere Entwicklungshilfe angeht, so müssen wir uns daran erinnern, dass der wirkliche Freund nicht derjenige ist, der seinem Nächsten einen Fisch gibt, sondern derjenige, der ihn Fischen lehrt.

¹ Entschließungsantrag des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit (Dok.1-393/79)

2. EINHEITLICHER EUROPÄISCHER REISEPASS

Frau Präsidentin, es ist gut, dass dieses Parlament bisweilen an seine wirklichen Pflichten erinnert wird. Leider hat man zu häufig den Eindruck, dass einige Abgeordnete vergessen haben, dass wir ein europäisches Parlament sind und nicht nur die Klagemauer für das Weltgewissen. Erinnern wir uns an die Wahlkampagne im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres; unsere Mitbürger haben uns bei dieser Gelegenheit die Aufgabe übertragen, Europa endlich eine wirkliche politische Dimension zu verleihen. Die wirtschaftlichen Institutionen haben bislang eine effizientere Arbeit geleistet, als der ihnen oftmals gern angehängte Ruf es vermuten lassen könnte. Der Gemeinsame Markt ist ein Erfolg, auch wenn einige sich darauf beschränken, ausschließlich die negativen Aspekte dieses großen Werkes zu kritisieren und zu sehen. Der Historiker weiß jedoch nur zu gut, dass wirtschaftliche Erscheinungen bisher noch niemals den Beginn bedeutender Entwicklungsbewegungen gekennzeichnet haben. Robert Schuman war gezwungen, der Gemeinschaft für Kohle und Stahl den Vorrang zu geben, denn die Blessuren des Zweiten Weltkriegs waren damals noch zu frisch, um eine politische Integration unter der Beteiligung der Feinde von gestern anzustreben. Er hoffte jedoch ebenso wie alle, die dazu beigetragen haben, dieses große Unterfangen zu verwirklichen - Adenauer, De Gasperi und ein wenig später Walter Hallstein -, dass bald ein politischer Wille aus den ökonomischen Errungenschaften entstehen würde. General de Gaulle, der ein großer Pragmatiker war, hat dagegen stets unterstrichen, dass bisher die Verwaltung noch nie einen Durchbruch erreicht hat. Die Geschichte hat ihm bedauerlicherweise Recht gegeben. Deshalb ist der Gemeinsame Markt, nachdem er in seinen Anfängen große Erfolge verbuchen konnte, inzwischen an einen Punkt gelangt, an dem zwar der Besitzstand verwaltet werden kann, es aber nicht mehr möglich ist, einen großen Schritt nach vorn zu tun, d.h. neue Dimensionen zu erreichen. Vor den Europawahlen war der Gemeinsame Markt somit in eine Art Krise geraten. Bewusst oder unbewusst hat diese Krise die Regierungen dazu veranlasst, endlich eine der Bestimmungen der Römischen Verträge anzuwenden, indem die Europawahlen genehmigt wurden. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Hauptverdienst dabei dem französischen Staatsoberhaupt Präsident Valéry Giscard d'Estaing zukommt. Wir können somit behaupten, dass die Mehrheit dieses Parlaments gewählt wurde, um einen ganz klaren Auftrag zu erfüllen. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, diesen zu Ende zu führen. Wir sind dazu aufgerufen, ein politisches Europa zu schaffen, was bedeutet, dass wir uns endlich dem Europa der Bürger, aus denen dieses Europa besteht, annähern müssen, denn wir müssen wohl zugeben, dass Europa heute nur zu oft ein abstraktes Konzept darstellt, das die meisten Menschen, bis auf einige Ausnahmen, billigen, ohne sich jedoch wirklich betroffen zu fühlen. Zu Recht wurde gesagt, dass der Enthusiasmus, der damals beim Aufbau Europas vorherrschte, unter den Statistiken der Gemeinschaft begraben wurde.

Niemand ist bereit, sich voll und ganz für eine mathematische Formel einzusetzen, auch nicht einzig für seinen Lebensstandard. Nur eine Überzeugung oder ein tiefer Glaube können ein solches Engagement motivieren. Und eben diese Überzeugung hat nur zu oft gefehlt. Wir brauchen einen europäischen Pragmatiker, der sich nicht gegen den nationalen Patriotismus stellt, sondern diesem eine neue Dimension verleiht. Denn heute kann man in Europa kein richtiger Patriot mehr sein, wenn man Europa ablehnt. Und dieser Wille muss nun spürbar zum Ausdruck gebracht werden. Wir müssen uns umgehend darum bemühen, eine tiefe Überzeugung, d.h. eine Geisteshaltung - die Vorbedingung jeden politischen Willens - zu schaffen. Es ist nun an der Zeit - unter anderem angesichts der explosiven Weltlage -, dass wir uns vorrangig mit den Angelegenheiten Europas befassen.

Die Entschließungen über die Wahrung der Menschenrechte in den lateinamerikanischen oder pazifischen Staaten, über die Indianerfrage in den USA oder über die Schwierigkeiten der asiatischen Welt sind zweifelsohne gerechtfertigt, da sie tatsächlich begründet sind. Aber sie haben bisweilen unsere Aussprachen beherrscht, so dass wir praktisch auf die Ebene bestimmter Weltorganisationen gefallen sind. Das ist nicht unsere Hauptaufgabe. In einer so kritischen Zeit müssen wir uns also in erster Linie um Europa kümmern. Das bedeutet, dass wir unseren Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft Vorrang einräumen müssen, ohne jedoch die Rechte aller europäischen Völker zu vernachlässigen, auch der Völker, die unserer Gemeinschaft noch nicht angehören. Sie haben das Recht auf Selbstbestimmung. Sie haben auch das Recht auf Freiheit, und wir sind ihnen gegenüber verpflichtet, jedenfalls mehr als den Völkern, die auf der anderen Seite des Erdballs leben. Das bedeutet, dass wir in Anbetracht der derzeitigen unstablen Weltsituation schnellstmöglich handeln müssen, innerhalb der uns derzeit vorgegebenen Grenzen, die nicht - daran möchte ich erneut erinnern - die endgültigen Grenzen Europas sind, damit wir die politische Einheit Europas erreichen.

Dabei müssen wir uns auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen. Es ist ein grober Fehler, den Karren vor den Ochsen spannen zu wollen. Es müssen immer die Vorbedingungen geschaffen werden, wenn man den Erfolg sichern möchte. Wenn man ein Haus baut, dann beginnt man nicht mit dem Dach. Deshalb wollte man zu Zeiten Robert Schumans zunächst die Gemeinschaft für Kohle und Stahl schaffen und anschließend den eigentlichen Gemeinsamen Markt. Dagegen ist die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gescheitert, weil dieser Grundsatz nicht eingehalten wurde. Ich denke, dass das auch der Grund dafür ist, dass die Debatte über eine europäische Konföderation bzw. Föderation so müßig war. Die Geschichte lehrt uns, dass jede Föderation niemals nur eine Konföderation ist, die sich bewährt hat. In einer solchen Perspektive sollten wir die Diskussion über den europäischen Pass führen.

Auf den ersten Blick scheint dieser Pass nur eine Bagatelle zu sein und manch einer könnte meinen, dass es sich um eine sekundäre Frage handelt. Das ist falsch. Mit diesem Pass wollen und können wir erreichen, dass die Bürger der neuen Staaten der Gemeinschaft jeden Tag daran erinnert werden, dass sie Europäer sind. Dieser Pass macht zudem deutlich, dass es keinen Widerspruch zwischen unseren Staaten und unserem Europa gibt. Das sind zwei verschiedene Realitäten, derer wir künftig noch bedürfen. Die Staaten benötigen Europa, weil wir uns künftig in der Welt nur noch durchsetzen können, wenn wir eine kontinentale Dimension haben! Aber Europa braucht auch die Staaten, die das Fundament bilden, auf dem Europa aufgebaut ist. Die Staaten sind die Realität, auf die wir bauen. Dass diese Realität sich mit der Zeit ändern kann ist ein anderes Problem. Wenn man die Dinge unter diesem Blickwinkel betrachtet, ist die Einführung eines europäischen Passes ein erster wichtiger Schritt, von dem man entsprechend sagen kann, dass er auf seine Weise eine Art kleine moralische EGKS darstellt. Dieser Pass muss als ein erster Schritt angesehen werden. Er ist kein Selbstzweck. Ihm müssen eine Reihe weiterer Maßnahmen folgen, die unser Europa den Bürgern, aus denen es sich zusammensetzt, immer näher bringt ...

3. EUROPÄISCHER RAT VON LUXEMBURG 27. UND 28. APRIL 1980

Herr Präsident, die Ereignisse der letzten Wochen haben uns leider nur allzu deutlich den Graben vor Augen geführt, der zwischen der zögerlichen Haltung der Regierungen und dem Volkswillen besteht. Die Regierungsorgane überfrachten uns mit Worten, aber sie handeln selten. Die Erklärung von Luxemburg enthält nichts Neues zur Situation in Afghanistan. Sie hat sich darauf beschränkt, eine verbale Verurteilung zu wiederholen, die Breschnew sicherlich nicht um den Schlaf bringen wird. Nicht mit Worten kann sein Hegemoniebestreben eingedämmt werden. Worte, denen keine Taten folgen, sind eine Aufforderung zum Straßenraub. Noch ärgerlicher ist es jedoch, dass die Taten das genaue Gegenteil der Worte sind; das ist nun aber der Fall, wenn die europäischen Länder ihre Athleten zu den Olympischen Spielen entsenden, die in einem Kriegsland stattfinden. Das bedeutet ferner, dass die Entspannung nach Gutdünken der Sowjets teilbar ist und dass sie noch nicht einmal die Dringlichkeitsfrist von sechs Monaten einhalten können, um die blutbesudelte Hand des totalitären Tyrannen zu schütteln! Leider muss ihnen gesagt werden: Die Initiative des französischen Staatsoberhauptes, Breschnew einen Besuch abzustatten, wodurch dessen Prestige eine wesentliche Neubelebung ohne Gegenleistung erfährt, da er darüber hinaus noch auf dem Gebiet des Warschauer Pakts stattfindet, schadet unserer Glaubwürdigkeit, und wir gewinnen gar nichts, denn die Staatschefs müssen nicht Hunderte von Kilometern zurücklegen, nur um Informationen auszutauschen.

Gleiches gilt für die nächste Reise von Bundeskanzler Schmidt. Der Form halber sollte jedoch hinzugefügt werden, dass unser eigener Standpunkt in den Fragen der Sicherheit, wie er gestern zum Ausdruck gebracht wurde, kaum besser ist, auch wenn klar ist, dass nur eine einzige Fraktion die Verantwortung dafür trägt. Wir haben auch schöne Worte über den Iran gehört, aber die angestrebten Sanktionen sind kaum von Bedeutung und nur wenige Stunden nach der Sitzung in Neapel hat mindestens ein Land es abgelehnt, diese anzuwenden. Schweigen wäre fast besser gewesen. Wenn die Geiseln im Iran nur auf die Heldenhaftigkeit der europäischen Regierungen zählen könnten, so könnten sie sicher sein, ihr Heimatland bis ans Ende ihrer Tage nicht mehr wiederzusehen.

Insgesamt muss man den Grundsatzartikel, der am 19. Mai in einer großen deutschen Tageszeitung, dem Münchener Merkur, veröffentlicht wurde, nur unterstützen, demzufolge die Beschlüsse lediglich der kleinste gemeinsame Nenner einer Unentschlossenheit und einer peinlichen Kleinmütigkeit waren. Das ist die Lage, in der wir – Vertreter des europäischen Volkes – uns derzeit befinden. Sie zeigt, dass die von den nationalen Regierungen beherrschten gegenwärtigen Strukturen handlungsunfähig sind. Der Grundsatz der Einstimmigkeit im Rat lähmt uns genau in einer Zeit, in

der wir der größtmöglichen Bewegungsfreiheit bedürften. Die nationalen Regierungen sind derzeit nicht in der Lage, eine europäische Politik zu praktizieren. Diese europäische Politik ist hingegen auf globaler Ebene erforderlich, wenn wir den Frieden wahren wollen. Wir müssen als das Gewissen Europas sprechen und handeln. Wenn wir uns dazu endlich durchringen, dann können wir die europäische Krise meistern.

4. DIE LAGE IN ZENTRALAFRIKA¹

Herr Präsident, ich möchte zunächst dem Berichterstatter, Herrn Jaquet, sehr herzlich für seine klare Definition der Grundsätze, die die Gemeinschaft in ihren Beziehungen zu den Unterzeichnerstaaten des Lomé-Abkommens leiten sollen, danken. Mit Recht sagt Herr Jaquet, dass es falsch wäre, diesen Ländern unsere eigenen Kriterien aufzuerlegen. Es handelt sich um Völker, von denen die meisten, nachdem sie das erste Stadium ihrer Entwicklung durchlaufen haben, erst seit kurzem Zugang zur modernen Lebensweise erhalten haben und sich folglich dieser sowohl auf materieller als auch auf moralischer Ebene nicht vollständig anpassen können. Unsere Pflicht ihnen gegenüber ist es somit, ihnen zu helfen, damit sie sich eine politische und wirtschaftliche Infrastruktur schaffen, bevor wir versuchen, ihnen unsere Überbauten überzustülpen. Wir sollten hier weder unvernünftige Forderungen stellen, noch den Versuch unternehmen, die bestehenden grundlegenden Unterschiede zu minimieren. Das bedeutet für uns Europäer, zugleich eine harte Hand zu zeigen und eine versöhnliche Haltung einzunehmen. Wir müssen bestimmt sein, denn es ist allgemein bekannt, dass Geld – insbesondere wenn es sich wie im Fall der Entwicklungshilfe um beträchtliche Summen handelt – ein durchaus zweischneidiges Schwert sein kann. Das Geld ist wie der Regen für die Landwirtschaft: heilbringend, wenn es in Maßen und regelmäßig auf ausgetrocknetes Land regnet, aber eine Katastrophe, wenn es in Strömen regnet.

Der philippinische Landwirtschaftsminister Dancos hatte Recht, als er unlängst in Brüssel bei unserer Anhörung über die Hungerprobleme in der Welt betonte, dass, wenn wir mit einem Mal – wie einige Träumer unter uns es wollen – den Entwicklungsländern die 0,7 % unseres Bruttosozialprodukts, die man von uns verlangt, geben würden, die Völker überhaupt nicht in der Lage wären, diese Summe nutzbringend einzusetzen. Das zeigt, dass wir nicht von irgendwelchen theoretischen Begriffen ausgehen können, und diese dann mit aller Gewalt auf das praktische Leben anwenden wollen. Und genau hier hinken bestimmte Berichte der jüngeren Vergangenheit, denen ein großes Echo in der Presse zuteil wurde. Sie haben insbesondere Hoffnungen geweckt, auf die wir nicht antworten können, wenn wir realistisch bleiben möchten. Das führt nur zu wachsenden Spannungen, die beiden Parteien nichts bringen, denn den Armen wird nicht geholfen, indem man von den wohlhabenden Völkern zu viel verlangt.

Das Ziel ist es nicht unbedingt, den heute vorhandenen Kuchen anders aufzuteilen, sondern sich vielmehr für die Aufrechterhaltung des Wohlstands in Europa einzusetzen und gleichzeitig in den Entwicklungsländern dafür Sorge zu tragen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch

größer, sondern im Gegenteil kleiner wird. Darin liegt der große Verdienst des Lomé-Abkommens, denn wir sind nicht bestrebt, aus den Entwicklungsländern ständige Empfänger von Wohltätigkeitsmaßnahmen zu machen, sondern es ihnen zu ermöglichen, ihren Lebensstandard mit ihren eigenen Mitteln und folglich, ohne ihre Selbstachtung zu verlieren, zu verbessern. Dann wird es uns gelingen, aus Lomé die Vereinigung gleichberechtigter Völker zu machen, die das Ziel unserer Politik sein muss.

Was insbesondere die Wahrung der Menschenrechte angeht, so müssen wir gleichzeitig Energie und Ausdauer unter Beweis stellen. Energie, denn wir schaden unserer eigenen Sache erheblich, wenn wir hier den Rassismus verurteilen und ihn woanders mit Stillschweigen bedenken, d.h. wenn wir eine Doppelmoral praktizieren. Ausdauer, weil wir ganz einfach anerkennen müssen, dass die Völker in den Entwicklungsländern sich derzeit noch von uns unterscheiden und somit in bestimmten Fragen eine Position vertreten können, die uns missfällt und uns sogar schockieren kann. Unsere Aufgabe muss es sein, auf diesem Gebiet einen langsamen, aber tiefgreifenden Wandel vorzubereiten. Hierbei ist das Lomé-Abkommen – wenn es denn richtig verstanden wird – ein gutes Instrument, allerdings unter der Bedingung, dass es nicht in die Hände von Ideologen und Romantikern fällt. An dieser Stelle ist ganz objektiv festzustellen, dass die Politik der französischen Regierung in Afrika in großem Maße dazu beigetragen hat, zwischen einem freien Afrika und unserem Europa eine gleichberechtigte Kooperation zu begründen. Dabei ist zu unterstreichen, dass General de Gaulle den Weg zu dieser Kooperation geöffnet und es erreicht hat, dass die Entkolonialisierung von Schwarzafrika im Allgemeinen harmonisch verlief. Deshalb muss ich leider einige in dem Bericht enthaltene Behauptungen zurückweisen, der nach meinem Dafürhalten die Rolle Frankreichs nur unzureichend berücksichtigt.

5. DIE KSZE-KONFERENZ IN MADRID¹

Herr Präsident, es ist bezeichnend, dass unter den großen internationalen Institutionen unser Parlament die erste ist, die sich ausführlich zur nächsten KSZE-Sitzung äußert, was dadurch gerechtfertigt ist, dass diese Gespräche sich vor allem um die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa drehen müssen. Die EG hat die Helsinki-Erklärung am 1. August 1975 unterzeichnet. Das seitdem von den europäischen Bürgern gewählte Parlament muss ebenfalls seinen Standpunkt zur Konferenz von Madrid vortragen, umso mehr als es der Meinung ist – zumindest die große Mehrheit – dass es die Verantwortung für ganz Europa übernimmt.

Europa beschränkt sich nicht auf die Gemeinschaft der Neun und auf Westeuropa. Wir sind lediglich der Ausgangspunkt Europas. Einige Völker, die heute durch die militärische Macht getrennt sind, gehören auch zu Europa. Wir sind für ihr Recht auf Selbstbestimmung verantwortlich. Die Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken, um nur diese zu nennen, sind ebenso Europäer wie wir. Wir schulden es ihnen, niemals aufzuhören, unsere Forderung, dass wir wollen, dass alle friedlichen Mittel eingesetzt werden, damit das Hegemoniebestreben Moskaus nicht dazu führt, dass vor allem in den hochzivilisierten Regionen Mitteleuropas der in der gesamten Welt verurteilte Kolonialismus als letztes Überbleibsel längst vergangener Zeiten weiter besteht, zu wiederholen. Jede europäische Politik, die diese Bezeichnung verdient, muss als endgültiges Ziel die Wiedervereinigung Europas in Freiheit vor Augen haben.

Die Konferenz von Madrid wird zu einem entscheidenden Zeitpunkt stattfinden. Die Wahrung des Friedens in Europa kann nur durch eine realistische Haltung gewährleistet werden und sicherlich nicht durch Reden, Entschließungen oder die magische Wiederholung des Begriffs „Entspannung“, ohne diesem einen konkreten Sinn zu verleihen. Es sollte also begrüßt werden, dass in der Präambel des Entschließungsantrags klar gesagt wird, dass die Entspannung weltweit und teilbar zu erfolgen hat. Genau dieser Punkt muss nachdrücklich gegenüber der Politik der UdSSR unterstrichen werden, die alle in der Welt auftretenden Probleme nutzt, um ihren Einflussbereich auszudehnen und unsere Kommunikationswege zu bedrohen. Man müsste mit Blindheit geschlagen sein, um sich dessen nicht bewusst zu werden. Die Welt ist viel zu klein geworden, als dass Sicherheit und Frieden teilbar sein könnten, man hier die Entspannung und dort die Auseinandersetzung kultiviert. Die Politik einer von Moskau gewollten eingeschränkten Entspannung soll der Sowjetunion nur Zeit sparen helfen, damit sie mit der Wirtschaftshilfe des Westens ein gewaltiges Militärpotenzial aufbauen und die Umzingelung Europas durch Afrika und Asien vollenden kann. Dass einige dies nicht verstehen können

¹ Bericht Jaquet im Namen des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit

oder wollen ändert nichts an den Tatsachen, die keine auch noch so geschickte Dialektik vertuschen kann. Positiv sollte auch der Teil des Entschließungsantrags – Korb II, „Wirtschaft und Technologie“ – aufgenommen werden. Dieser Teil spricht das an, was uns von den besten Experten im Laufe der öffentlichen Informationssitzung, insbesondere vom Gewerkschafter Levinson, gesagt wurde. Wir dürfen es den Sowjets nicht erlauben, unter dem Deckmäntelchen der Handelsbeziehungen mit dem Osten, unsere sozialen Strukturen durch Wettbewerbsverzerrungen, vor allem zum Schaden der kleinen und mittleren Unternehmen, zu zerstören. Ebenso wenig dürfen wir es zulassen, dass auf Grund europäischer kapitalistischer Interessen auf dem Hoheitsgebiet des sowjetischen Sklavenstaates mit seinen Niedriglöhnen und seinen zu lediglich Werbeorganen im Dienste des einzigen Arbeitgebers, dem Staat, verkommenen Gewerkschaften Unternehmen angesiedelt werden, deren Erzeugnisse später unsere Märkte überschwemmen und in einem unlauteren Wettbewerb zu den westlichen Produkten stehen. Wir sind nicht gegen den Ost-West-Handel, sofern er realistisch bleibt. Aber wir sind dagegen, wenn er politischen und nicht mehr rein ökonomischen Kriterien folgt. Wir haben keinerlei Interesse daran, zu unseren Lasten eine Macht zu stärken, die täglich wiederholt, uns beherrschen zu wollen. Denn genau das steckt hinter dem Begriff „Weltrevolution“.

Der wichtigste Teil für uns Europäer ist Korb III, der Teil, in dem die Menschenrechte behandelt werden. Unsere öffentliche Sitzung am 23. und 24. Juni hat die wahre Situation gezeigt. Wir hatten zwei wichtige Zeugen eingeladen: Andrej Sacharow und Rainer Beurig. Keiner von beiden konnte der Einladung folgen, da die sowjetische Polizei ihnen die Ausreisevisa verweigerte. Am Tag selbst, als er bei uns hätte eintreffen sollen, wurde der junge Beurig zu fünf Jahren Haft verurteilt, eine ganz offensichtliche Missachtung Europas, da er sich öffentlich zu seinem christlichen Glauben und zu seinen europäischen Überzeugungen bekannt hatte. Es hätte unsere Pflicht sein müssen, uns sehr viel energischer gegen diese Verurteilung zu stellen, als wir es tatsächlich getan haben. Leider fehlt es uns häufig an Mut. Wir neigen zu stark dazu, die Stimme zu erheben, wenn kein Risiko besteht, aber übertrieben vorsichtig zu schweigen, wenn es um die Rechte von Europäern geht, die von tyrannischen Nachbarn wie Breschnew und Honecker unterdrückt werden.

Vertrauen kann nur geschaffen werden, wenn man unter Beweis stellt, dass man seine Versprechen und sein Wort halten kann. Das ist bedauerlicherweise heute nicht der Fall, wie unsere Informationssitzung zeigt. Noch vor wenigen Tagen hat uns die Sowjetunion ihre geringe Bereitschaft zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen unter Beweis gestellt, als das Honecker-Regime, indem es plötzlich und ungerechtfertigt die Zwangsumtauschsätze angehoben hat, tatsächlich seiner Zusage für eine größere Bewegungsfreiheit in Deutschland nicht nachgekommen ist. Und man behaupte nicht, dass nur die sogenannte DDR so gehandelt hat. Denn in Wirklichkeit ist dieses Gebilde nicht ein zweiter deutscher Staat, sondern nur eine sowjetische Kolonie auf deutschem Boden. Und Honecker ist kein legitimer Staatschef, sondern lediglich der Oberstleutnant Moskaus auf besetztem Gebiet. Wäre dem nicht so, dann müsste er nicht die Bevölkerung in von Stacheldraht, Mauern und

Minenfeldern umgebenen Konzentrationslagern einsperren. Was sich in Deutschland abgespielt hat, ist kein gutes Omen für die KSZE-Sitzung. Wir sind gewarnt.

Der Entschließungsantrag von Herrn Rumor kann unseren Regierungen im Vorfeld der Sitzung in Madrid einige wertvolle Vorschläge liefern. Diplomatisch sagt er uns, dass wir alles daran setzen müssen, damit die Friedenschancen erhöht werden, jedoch ohne Illusionen in diese Konferenz gehen sollen. Der Realismus ist eine unerlässliche Vorbedingung für den Erfolg einer Friedenspolitik, und die Illusionen sind der kürzeste Weg in die Katastrophe, so wie es uns die Ereignisse zeigten, die zum Zweiten Weltkrieg geführt haben.

Als Europäer müssen wir der sowjetischen Politik eines Scheinfriedens durch Betrug, Aggression und Hegemonie unser Konzept des Friedens in Freiheit für alle gegenüberstellen.

¹ Bericht von Herrn Rumor (Dok.1-445/80)

6. SITUATION DER FRAU IN DER GEMEINSCHAFT¹

Frau Präsidentin, wenn ich mich gegen den vorliegenden Bericht ausspreche, lehne ich nicht die berechtigten Forderungen der Frauen ab, Forderungen, die ich gern unterstützt hätte. Meine Entscheidung ist einzig dadurch begründet, dass dieses Dokument eine Reihe von Standpunkten enthält, denen ein europäischer Christ nicht zustimmen kann und die darüber hinaus auch nichts mit den Rechten der Frau zu tun haben. In diesem Fall handelt es sich um von der Politik unabhängige Grundsatzfragen, bei denen das Gewissen eines jeden gefordert ist. Denn Abtreibung – was auch immer man heuchlerisch sagen mag, um Entschuldigungen zu finden – bedeutet Mord, bedeutet die Verweigerung des Rechts auf Leben.

In einer Zeit, als es noch keine echten sozialdemokratischen Parteien gab, hat Victor Adler erklärt, dass ein guter Sozialdemokrat stets auf der Seite der Schwachen stehe. Nun, gibt es Schwächere als ein winziges Kind, das sich nicht verteidigen kann? Das Kind ist auf jeden Fall machtloser als die abtreibungswillige Mutter, und da es kein Wähler ist, kann es weder seiner Stimme Gehör verschaffen noch protestieren. Dieses Parlament erlebt einen tragischen Moment, wenn die Partei, die immer das Wort Humanismus auf den Lippen trägt, sich geschlossen für die Verhängung der Todesstrafe gegen unschuldige Kinder ausspricht, während sie im Übrigen auf der anderen Seite mit allen Mitteln die gerechtfertigten Strafen für Diebe, Mörder und Sexualstraftäter mindern möchte.

Die Geschichte zeigt, dass der Fortschritt und der Respekt vor dem Leben immer Hand in Hand gegangen sind. Deshalb konnte die Menschheit durch die Lehre Christi die größten Fortschritte auf Erden erzielen. Die Liberalisierung der Abtreibung in zahlreichen europäischen Ländern ist folglich eine Rückkehr zur Barbarei. Zwar gibt es dramatische medizinische Fälle, in denen der Arzt im Geiste des Hippokrates-Eids zwischen zwei Übeln wählen muss. Aber mit Ausnahme dieser Fälle – und darum geht es heute – ist die Abtreibung aus moralischen Erwägungen zu verurteilen. Wir müssen uns fragen, ob wir ein menschliches und christliches oder ein barbarisches und heidnisches Europa möchten, d.h. das Ende unserer unvergleichlichen Zivilisation? In jedem Fall lehne ich es ab, die Rechte und Pflichten der Frauen, denen wir unser Leben verdanken, von denen die bewundernswerteste die Mutter des Heilands war, mit Konzepten zusammenzubringen, die den Mord an unschuldigen Kindern befürworten. Im Interesse unserer Frauen sage ich „Nein“.

¹ Bericht Maij-Weggen (Dok.1-829/80) – Erklärungen zur Abstimmung

7. WESTSAHARA (DRINGLICHKEITSENTSCHLIEßUNG)

Herr Präsident, der Beitrag Europas zur Entwicklung des Maghreb muss auf den Abschluss einer Vereinbarung zwischen Marokkanern und Algeriern, mit denen uns so viel verbindet, ausgerichtet sein, eine Vereinbarung, von der der marokkanische König kürzlich noch ganz klar gesagt hat, dass sie das Ziel seiner Politik sei.

Heute stehen sich diese beiden großen Nationen in der Westsahara in einem Konflikt gegenüber, in dem Marokko offensichtlich nicht der Aggressor war, denn alle Kämpfe haben auf marokkanischem Boden stattgefunden. Da ich mich in den vergangenen 25 Jahren oftmals dort aufgehalten habe, kenne ich die Westsahara und ihre Bewohner gut. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die „Befreiungsbewegung“ Polisario keine Nation vertritt und keine legitime Partei ist. Die Polisario ist eine vom libyschen Diktator Ghadafi, der uns gerade sein wahres Gesicht beim Einmarsch in den Tschad gezeigt hat, gedungene Fremdenlegion. Die sowjetischen Waffen, die die vermeintlichen Freiheitskämpfer besitzen, zeigen deutlich, wer sich hinter der Polisario verbirgt. Die totalitäre und imperialistische Front – die Sowjetunion – hat es nicht auf die Westsahara abgesehen, sondern vielmehr auf die Meerenge von Gibraltar, von der auch wir nordeuropäischen Länder abhängen. Wenn Gibraltar oder Tanger in die Hände einer alliierten Macht der Sowjetunion fallen, dann sind das Mittelmeer und seine Anrainerstaaten der sowjetischen Flotte unter Admiral Gorchkov ausgeliefert.

Das Schicksal Europas entscheidet sich heute in Afrika. Ein Blick auf die Landkarte wird schnell jene überzeugen, die sich noch von den Doktrinen blenden lassen. In dieser objektiven Perspektive erscheint das Argument nach dem man die Grenzen der Kolonialzeit nicht antasten darf, ohne Bezug zur Realität. Man lehnt den Kolonialismus ab, was politisch durchaus gerechtfertigt ist, wie der große Turgot uns bereits im 18. Jahrhundert gezeigt hat. Aber man verteidigt andererseits hartnäckig einen der kritikwürdigsten und gefährlichsten Aspekte des Kolonialismus, nämlich die Grenzen, die oftmals weder historisch noch rechtlich begründbar waren, ebenso wenig wie von einem ethnischen oder wirtschaftlichen Standpunkt aus. Man möchte die greifbaren Interessen der derzeitigen Bevölkerung opfern, um einstmals von Eroberern oder Bürokraten auf einer Karte gezogene künstliche Linien zu verteidigen. Ist das wirklich realistisch?

Im Übrigen wird jeder hier in diesem Parlament, der die Westsahara persönlich kennt, sich für die Annahme des Berichts ausgesprochen haben. Nur diejenigen, denen diese Erfahrung fehlt, haben sich dagegen gestellt. Daher sind wir dem Berichtersteller dankbar für alles, was er konkret für den Frieden in der Welt und für Europa getan hat. Die Annahme seines Berichts und seines Entschließungsantrags wird unserem Parlament Ehre machen.

8. VORBEUGENDE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG¹

Frau Präsidentin, seit Jahresbeginn hat sich der Terrorismus in seinen verschiedensten Ausprägungen erheblich verschärft. Man kann keine Zeitung aufschlagen, ohne dass es darin um Attentate oder Ermordungen geht. Das Attentat auf Johannes-Paul II hat die europäischen Völker in besonderer Weise schockiert, denn es handelt sich um eine Persönlichkeit, die sich dem Wohle aller verschrieben hat, die niemanden bedroht und die auf ihren zahlreichen Reisen den Menschen dieser Länder die Gelegenheit gegeben hat, ihrem Glauben und ihrer Liebe Ausdruck zu verleihen. Wenn der Papst bedroht wird, so werden wir alle mit ihm bedroht. Man kann im wahrsten Sinne des Wortes vom Ende jeglicher Sicherheit sprechen. Die Entdeckung der neuen Technologien und die Verringerung der Entfernungen haben dem Terrorismus eine neue Dimension verliehen. Die Terrororganisationen handeln über Grenzen hinweg, wie es die von der PLO, der ETA und der IRA verübten Attentate zeigen. Das Schlimme daran ist, dass sich hinter diesen Organisationen nicht nur internationale Mächte verbergen, sondern auch Regierungen, wie beispielsweise die des libyschen Diktators Ghadafi. Unsere breit angelegte Verteidigung gegen diese Aggressionen bleibt weiterhin durch überholte Souveränitätsbegriffe behindert. Die Terroristen agieren im 20. Jahrhundert und haben das vereinte Europa antizipiert, während wir immer noch im 19. Jahrhundert verharren, weil unsere nationalen Regierungen die Realität nicht wahrhaben wollten und den Vorschlägen für die Schaffung eines europäischen Rechtsraums nicht gefolgt sind. So gesehen gibt es keinen Zweifel, dass der Terrorismus sich in naher Zukunft weiter entwickeln wird und dass weiterhin viel Blut überflüssig vergossen werden wird. Unter diesen Bedingungen ist für uns als Vertreter der europäischen Völker der Zeitpunkt gekommen, die nationalen Regierungen an ihre Verantwortungen zu erinnern und sie aufzufordern, die zunehmend dringlicheren Maßnahmen zu ergreifen, die die Bevölkerung von ihnen erwartet, denn die notwendigen Rechtsinstrumente sind vorhanden. Der Entwurf für ein Übereinkommen des Europarates über die Terrorismusbekämpfung verbindet in exemplarischer Weise die für den Schutz der Bürger erforderliche Energie und die Wahrung der nationalen Souveränität und Autonomie.

Andererseits könnte auch durch die Vereinbarung von Dublin die Lage in der EWG von heute auf morgen verbessert werden, wenn unsere Regierungen zum Handeln bereit wären. Denn sie sind verantwortlich für die Untätigkeit in diesem Bereich im Laufe der vergangenen Jahre. Ihr Bürokratismus ist verantwortlich dafür, dass sich so viele Terroristen immer noch straffrei bewegen und unsere Bürger bedrohen. Das ist der Grund unseres Dringlichkeitsantrags ...

¹ Entschließungsantrag von Herrn von Habsburg und Nahestehende (EVP) sowie von Lady Elles (Dok.1-368/81)

9. SITUATION IN POLEN¹

Frau Präsidentin, seit dieses Parlament vor zweieinhalb Jahren vom europäischen Volk gewählt wurde, waren bereits zwei Nationen Opfer der sowjetischen Hegemoniebestrebungen: Afghanistan Weihnachten 1979 und Polen während der Vorweihnachtstage 1981! In beiden Fällen ist die historische Verantwortung nicht allein Moskau zuzuschreiben; ebenso wenig hätte Hitler seine kriminellen Vorhaben in die Tat umsetzen können, wenn er sich im Westen nicht jämmerlichen Figuren gegenüber gesehen hätte. Ohne die Politik des Appeasement, ohne die Politik des „peace-in-our-time“ hätte es keinen Zweiten Weltkrieg gegeben!

Dies hat auch heute noch Gültigkeit. Die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte lehrt uns, dass die totalitäre Supermacht sich immer gebeugt hat, wenn die freie Welt energisch reagiert hat. Dagegen wurden die Tyrannen des Kremls durch die Avancen des Westens dazu ermuntert, weiter zu gehen.

Bereits im September 1979 hatte unser Parlament – als erstes – auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die Afghanistan bedrohten. Unsere Warnungen wurden nicht gehört, die zwingenden Schlussfolgerungen wurden nicht gezogen und das Schicksal nahm seinen Lauf. Mehrere Monate später haben mehrere Regierungen erklärt, von dieser Invasion überrascht worden zu sein.

Die Ereignisse in Polen sind die nahezu unvermeidliche Konsequenz eines erlahmenden und schwachen Westens, unseres zunehmend weniger glaubwürdigen Willens zur Verteidigung der Freiheit. Wer auch immer die einseitige Abrüstung des Westens verlangt, fordert automatisch die Sowjetunion zur Ausdehnung ihrer blutigen Herrschaft auf weitere Gebiete auf.

Wir stehen heute vor einer historischen Tragödie. Angesichts der verwirrenden Nachrichten kann man sich noch kein endgültiges Bild von der Lage machen, aber einige Fakten können bereits identifiziert werden: Polen steht nicht kurz vor dem Bürgerkrieg, wie es die Junta von Warschau vorgibt. Die derzeitigen Machthaber in Polen führen lediglich die Weisungen aus, die sie von ihren Gebietern im Kreml erhalten. Es handelt sich nicht um ein innenpolitisches Zwischenspiel, sondern um einen ausländischen Angriff. General Jaruzelski verrät Polen, indem er seine Befehle aus Moskau erhält.

Uns wird gesagt, wir dürften uns nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen. Das möchte kein europäischer Demokrat! Wir möchten lediglich, dass andere dies im Sinne der Breschnew-Doktrin tun, ohne dass wir angemessen reagieren. Die Wirtschaftshilfe der westlichen Staaten wird diese Krise, die politischen und nicht vor allem wirtschaftlichen Ursprungs ist, nicht beenden können. Der marxistische Totalitarismus und eine tragfähige Wirtschaft sind unvereinbar.

Es hilft nichts, Druck auf Warschau auszuüben. Das Entscheidungszentrum liegt in Moskau. Daher fordern wir die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die unverzügliche Achtung der Menschenrechte, der religiösen, politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, den Austausch des derzeitigen illegalen Regimes durch eine vorläufige demokratische Regierung, in der alle politischen und sozialen Kräfte Polens vertreten sind. Darüber hinaus muss die freie Welt diplomatischen Druck auf den Kreml ausüben, und wenn das keinen Erfolg zeitigt, müssen der Verkauf aller Technologien ausgesetzt und die Kredite blockiert und die „Margen“ im Handelaustausch mit dem Osten aufgehoben werden.

Polen ist für uns eine letzte Warnung. Sollte es uns nicht gelingen, uns politisch zusammenzufinden und unserem Wohlstand eine politische Dimension zu verleihen, die die Sicherheit garantiert, dann wird es uns schlecht ergehen! Und die schönsten Budgets, die Marktwirtschaft oder der europäische Sozialraum werden uns nicht retten. Die politische Ordnung, sei sie auch noch so gut, nützt nichts, wenn Horden von Barbaren uns überrollen und alles zunichte machen können.

Die vorliegende Entschließung sollte begrüßt werden, da sie von allen demokratischen Kräften unterstützt wird, auch wenn sie nicht allzu präzise ist. Ferner müsste eine Geste unsererseits erfolgen, indem wir umgehend eine Delegation unseres Parlaments nach Warschau entsenden. Eine Aktion in diesem Sinne wird, so hoffe ich, unverzüglich stattfinden, denn das Europäische Parlament darf diese Europäer, die Polen nämlich, nicht im Stich lassen; Walesa, Monsignore Glemp, der Primas von Polen, aber auch Papst Johannes-Paul II sollen wissen, dass die Solidarität der freien Völker Europas nicht nur ein leeres Wort ist.

10. DER EUROPÄISCHE RECHTSRAUM¹

Herr Präsident, das Problem des Terrorismus und der Verbrechen, die unter dem Deckmantel politischer Motive begangen werden, hat eine neue Dimension bekommen, vor allem auf Grund der Tatsache, dass die Gewalt sich oftmals gegen Unschuldige richtet, um Angst zu verbreiten und die demokratischen Ordnungen zu destabilisieren. Der Erfolg der Terroristen erklärt sich zum großen Teil aus ihrer Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, aus der Unterstützung, die ihnen von ausländischen Regierungen zuteil wird, beispielsweise Libyen, und aus ihren Operationen über nationale Grenzen hinweg. Wenn unsere Ordnungskräfte nur allzu oft ohnmächtig scheinen, dann ist das in erster Linie dadurch bedingt, dass die Terroristen seit langem bereits die Schaffung der Europäischen Union antizipiert haben, während wir unsere Polizei immer noch zwingen, so zu handeln, als lebten wir im 19. Jahrhundert. Diese Ungleichheit der Mittel ist das Erfolgsgeheimnis der Terroristen. Die Zerschlagung des einen oder anderen Netzwerks ist jedoch ein spürbarer Beweis für die Fähigkeiten unserer Polizei. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Möglichkeit, mit gleichen Waffen zu kämpfen, eine Erfolgsgarantie. Im Ausschuss für Politik hat die Minderheit, 2 Stimmen gegen 19, Vorbehalte angemeldet, indem sie ins Feld führte, dass der Ausschuss für Politik auch legitime Befreiungsbewegungen ebenso wie demokratische Kampfbewegungen gegen die Diktatur als Terroristen angesehen hätte.

Als mitberatender Berichterstatter muss ich energisch gegen diese Behauptungen protestieren. Unser Ziel ist die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung. Diejenigen, die sie akzeptieren, genießen alle Rechtsgarantien. Das gilt für uns alle, aber wir können es keinesfalls tolerieren, dass die Begriffe „politisch“ und „Befreiung“ als Vorwand für Verbrechen dienen, die im wahrsten Sinne des Wortes eine inakzeptable Verletzung der demokratischen Rechte darstellen und gegen die eine demokratische Gemeinschaft sich verteidigen muss. Dieser Vorschlag zielt nicht auf die Aufhebung des Asylrechts ab. Die Gemeinschaft ist aufgerufen, eine politische - und damit rechtliche - Einheit zu bilden. Die Bedingung für einen Beitritt ist die Einhaltung einer demokratischen Rechtsordnung.

In der Gemeinschaft kann es jedoch keine legitime Befreiungsbewegung geben, die gegen diese demokratische Ordnung gerichtet ist, ebenso wenig wie gegen irgendeinen Tyrannen. Wir brauchen demnach innerhalb der Gemeinschaft kein Asylrecht, sondern dieses Recht muss für alle Opfer von Verfolgungen außerhalb der Gemeinschaft aufrechterhalten werden.

¹ Entschließungsanträge der Herren von Habsburg und Penders (EVP-ED) (Dok.1-872/81)

Ziel der vorliegenden EntschlieÙung ist es, eine Ordnung zum Schutz unserer Bürger gegen neue Bedrohungen zu schaffen. Darin entspricht sie der tatsächlichen Aufgabe einer politischen Gemeinschaft. Wir können sie demnach guten Gewissens annehmen, da sie den Grundsatz des Rechtsstaats stärkt. Das gilt insbesondere für die Forderung gegenüber unseren Regierungen, das europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus und die Vereinbarung von Dublin vom 4. Dezember 1979 vorbehaltlos zu unterzeichnen und unverzüglich – denn es ist höchste Zeit – zu ratifizieren.

Nicht an guten Ideen fehlt es uns, sondern am Willen der nationalen Regierungen, der die Bedingung für den Erfolg darstellt, und wir müssen hier als Parlament handeln, d. h. als das Gewissen Europas.

11. MEHRSPRACHIGKEIT IN DER GEMEINSCHAFT¹

Herr Präsident, die drei uns vorliegenden Berichte enthalten völlig gegensätzliche Konzepte. Der Leser wird mühelos verstehen, wie weit dieses wichtige Problem immer noch von einer Lösung entfernt ist. Die Sprachenfrage ist explosiv. Sie ist sehr stark von Emotionalität geprägt, da es sich hier um einen der wesentlichen Aspekte der zwischenmenschlichen Kommunikation handelt. Gegenwärtig ist die Situation auf Grund der Bedrohung, die sich für alle europäischen Sprachen, große und kleine, durch das neue und durch die Massenmedien popularisierte EDV-Idiom – genannt „Englisch“ – darstellt, noch verschärft, aber gerade das ist eine größere Gefahr für die Sprache Miltons und Shakespeares, als beispielsweise für Ungarisch oder Portugiesisch. Wir sind im Begriff, ein grauenhaft entstelltes basic english zu übernehmen, das alle unsere Sprachen bedroht und die Gefahr in sich birgt, eine intellektuelle Wüste zu schaffen. Niemals hätten die Meisterwerke Goethes, Dantes, Shakespeares, Cervantes' oder Molières entstehen können, wenn ihre Verfasser sich einer solchen Nebeneinanderstellung von Knurrlauten hätten bedienen müssen.

Man muss Frankreich beglückwünschen, auf Anregung von General de Gaulle Maßnahmen zur Eindämmung dieser Flutwelle getroffen zu haben. Die Frage der Mehrsprachigkeit stellt sich auch im Europäischen Parlament, denn die derzeitige Situation ist unhaltbar. Wir können und dürfen ein Problem nicht unendlich lange aufschieben, das sich, in Ermangelung einer Lösung, zunehmend verschärft. Die Hauptelemente sind nachstehend aufgeführt:

1. Alle europäischen Sprachen müssen respektiert, gefördert und aufrechterhalten werden. Das impliziert unter anderem das Recht eines jeden Abgeordneten, sich in seiner Muttersprache auszudrücken.
2. Das Recht, sich in seiner Muttersprache auszudrücken, impliziert nicht automatisch das Recht, über die Übersetzungen aller Texte in die entsprechende Sprache verfügen zu können.
3. Die Kosten für das derzeitige Sprachenregime sind bereits übermäßig hoch. Die Einführung neuer Sprachen – und wir hoffen, dass viele weitere Völker unserer Gemeinschaft beitreten werden – wird zu einem geometrischen Anstieg der Kosten führen. Wir müssen uns fragen, ob diese Situation unter personellen und finanziellen Gesichtspunkten auf lange Sicht tragbar ist, denn wir sind letztendlich verantwortlich für das Geld unserer Wähler.

¹ Bericht Tyrrell (Dok.1-318/82)

4. Bislang wurde keine zufriedenstellende Lösung vorgeschlagen. Der Vorschlag meines Freundes und Kollegen Nyborg ist keine Lösung, sondern ein Aufschub des Problems, bis es so brennend sein wird, dass es nicht mehr beherrschbar ist.
5. Mein Bericht enthält nichts weiter als Vorschläge. Ich habe keine fertige Lösung und habe dies klar im Ausschuss für Politik erklärt. Etliche grundsätzliche Daten fehlen uns derzeit noch. Wir sind uns nur einer Sache gewiss: Die jetzige Situation kann nicht unendlich andauern.
6. Deshalb schlage ich vor, dass wir uns im Augenblick darauf beschränken sollten, uns auf die Einrichtung einer hochqualifizierten und unabhängigen wissenschaftlichen Arbeitsgruppe zu verständigen, der wir die drei zur Diskussion stehenden Berichte übermitteln und die wir um die Vorlage eines umfassenden und konkreten Vorschlags bitten werden. Das ist die Substanz des Vorschlags von Frau Lenz sowie meines Berichts. Erst dann werden wir über die erforderlichen Daten verfügen, um eine völlig objektive Stellungnahme abgeben zu können. Die Weiterführung dieser Diskussion wäre nach meinem Dafürhalten unverantwortlich, da die drei Vorschläge noch einmal im Detail zu prüfen sind.

Die Sprache ist das Herzstück unserer Kultur, ein Teil unserer Seele. Die Vielfalt ist unser größter Reichtum. Keine Sprache, sei sie bedeutend oder weniger bedeutend, darf untergehen. Wir dürfen jedoch nicht verschwenderisch mit dem Geld derer umgehen, die uns unsere grundlegende Aufgabe übertragen haben. Es ist daher unsere Pflicht, die Erfordernisse von Kultur und Ökonomie mit Umsicht zusammenzubringen und dabei dürfen wir niemals die Maxime aus dem Auge verlieren, die uns einer der größten ungarischen Denker hinterlassen hat: „Nyelvében él a nemzet“. – Denn Ungarisch ist auch eine europäische Sprache, mit dem gleichen Stellenwert wie Spanisch oder Dänisch, und wir hoffen, hier bald Abgeordnete sitzen zu sehen, deren Muttersprache ebenso wie für mich - neben dem Deutschen - das Ungarische ist. Die Maxime heißt: Eine Nation lebt durch ihre Sprache.

12. ESTLAND, LETTLAND UND LITAUEN¹

Herr Präsident, was in der Politik vor allem zählt, ist die Glaubwürdigkeit. Eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Krisen ist die Tatsache, dass oftmals Reden und Handeln nicht übereinstimmen, dass der Sinn der Wörter verfälscht wird und dass häufig mit ungleichem Maß gemessen wird. Wie bereits der große italienische Denker Guillermo Ferrero festgestellt hat, kann man der Situation nur abhelfen, wenn erneut dieselben Grundsätze für alle, ob schwach oder stark, Anwendung finden.

Der weit verbreitete Begriff des Kolonialismus bedeutet heute die Herrschaft über ein Volk durch ein anderes gegen den Willen des Ersteren, die Ausbeutung seiner Arbeitskräfte und seiner natürlichen Ressourcen zum Nutzen der ausländischen Macht, die Missachtung und die Verdrängung seiner eigenen Kultur und oftmals den Willen zur Zerstörung seiner nationalen Identität. Das sind die Merkmale des Kolonialismus, auf die die UNO im Rahmen ihrer Entkolonialisierungspolitik und vor allem im Rahmen ihres Sonderunterausschusses für Entkolonialisierung immer wieder nachdrücklich verweist.

Derzeit gibt es nur noch in Übersee einige wenige Kolonien. Dagegen haben wir in Europa ein Kolonialproblem, das sich aus der Hegemonialpolitik der Sowjetunion ergibt. Die baltischen Staaten sind ein klassisches Beispiel dafür. Nicht nur die Sowjetunion hat sie mit Gewalt ihrer Unabhängigkeit und ihrer demokratischen Rechte beraubt, sondern wie aus dem vorliegenden Bericht zu entnehmen ist, führt sie ihnen gegenüber unermüdlich eine brutale kolonialistische Politik der Vernichtung und der systematischen Russifizierung fort.

Die baltischen Staaten möchten sich gegen die sowjetischen Absichten verteidigen. Insbesondere die religiösen Kräfte sind entschlossen, den Glauben um jeden Preis zu verteidigen. Man wird bemerken, dass die Jugend, obschon bereits in Schulen ausgebildet, in denen ein kämpferischer Atheismus wütet, als erste Opferbereitschaft und Mut bei ihrem Engagement unter Beweis gestellt hat. Es muss jedoch auch daran erinnert werden, dass die baltischen Emigranten in der ganzen Welt in exemplarischer Weise ihr Nationalgefühl aufrecht zu erhalten wussten und dass sie sich, abgesehen von ihren unterschiedlichen politischen Weltanschauungen, für die Sache der Selbstbestimmung ihres Vaterlandes aufopfern, indem sie die Rechte ihrer Völker verteidigen und so ein lebendiges Beispiel für einen echten Patriotismus sind. Erlauben Sie mir, die Balten zu begrüßen, die heute hierher gekommen sind, um uns zu hören und Zeugen einer Aussprache zu sein, die beweist, dass die europäischen Parlamentarier Estland, Lettland und Litauen als festen Bestandteil Europas ansehen.

¹ Bericht Nyborg (Dok.1-306/82)

Die Balten sind Christen des Westens, sie glauben an Europa und an unsere Form der parlamentarischen Demokratie. Sie haben in der Vergangenheit in großem Maße zu unserem gemeinsamen kulturellen Erbe beigetragen. Sie haben ein Anrecht auf unser Bündnis. Daher haben etliche europäische Staaten wie beispielsweise England die Besetzung der baltischen Republiken durch die Sowjets nicht anerkannt. Zwar können wir heute nicht unmittelbar handeln und nicht viel für diese Völker tun, wir können jedoch als Europäische Gemeinschaft dazu beitragen, dass ihre Rechte gewahrt werden. Denn ein Recht erlischt nur, wenn es aufgegeben wird. Wir können auch die Weltöffentlichkeit mobilisieren. Das hat bereits mehr als einmal beeindruckt, sogar die Tyrannen.

In diesem Sinne sind der vorliegende Bericht und der Entschließungsantrag zu verstehen. Damit er einen positiven Inhalt erhält, wird vorgeschlagen, die Frage der baltischen Staaten vor den UNO-Sonderunterausschuss für Entkolonialisierung zu bringen. Kein Rechtsexperte kann die Legitimität dieses Ersuchens bestreiten. Wenn die UNO glaubwürdig sein möchte, dann kann sie diesem Problem nicht aus dem Weg gehen, ohne sich selbst ein erbärmliches Armutszeugnis auszustellen. Die Frage der baltischen Staaten ist folglich ein Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Erklärungen der Juristen und der Demokraten. Ich fordere somit das Hohe Haus auf, den vorliegenden Entschließungsantrag, der einstimmig vom Ausschuss für Politik angenommen wurde, anzunehmen.

13. EUROPÄISCHES KULTURELLES UND SOZIALES ERBE¹

Herr Präsident, ich möchte zunächst Kommissar Natali dafür danken, auf alle Details eingegangen zu sein, Ihnen aber auch meine bittere Enttäuschung darüber mitteilen, nicht einmal ein Viertel der Begeisterung gespürt zu haben, die wir stets bei unserem Kollegen Arfé festgestellt haben.

Es ist begrüßenswert, dass unser Parlament erneut die Frage der Regionalsprachen und des Sprachunterrichts anspricht. Es handelt sich dabei tatsächlich um ein zentrales Element unseres intellektuellen Lebens. Die Sorge um die Sprachen – ganz gleich, ob es sich um viel oder wenig gesprochene handelt – stellt sich auch deswegen, weil die Vielfalt die eigentliche Essenz unserer Kultur ist. Europa kann kein melting pot sein – das wäre sein Ende. Der Untergang einer Sprache, sei sie auch noch so selten gesprochen, wäre ein unwiederbringlicher Verlust. Wir alle würden dadurch ärmer. 20 Millionen europäische Bürger sprechen Regionalsprachen – das ist eine beträchtliche Zahl. Diese Sprachen verdienen es ebenso anerkannt zu sein, wie die bedeutenderen Sprachen, auch wenn wir im entscheidenden Interesse dieser Bürger alles tun müssen, um ihnen nicht nur eine Ausbildung in ihrer eigenen Sprache, sondern auch den Zugang zu einer Weltsprache zu garantieren, vor allem auf Grund der zunehmenden Bedeutung der international ausgerichteten Wirtschaft.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir als erste von der Frage der Sprachen und der Rechte der ethnischen Gruppen betroffenen sind. Denn die großen Probleme liegen in den europäischen Ländern, die heute noch unter der Hegemonie einer totalitären ausländischen Macht leben müssen. Ihre Entkolonialisierung ist unser Ziel. Gerade im Interesse dieser noch nicht befreiten Europäer müssen wir heute im Westen die Maßnahmen vorbereiten, die später, nach der Wiedervereinigung Europas, unserem Kontinent die Vielfalt in der Einheit gewährleisten werden. Deshalb müssen wir es mit unserer Forderung nach einem paneuropäischen Recht der Sprachen und der ethnischen Gruppen sehr genau nehmen. Die Schaffung dieses Rechts ist eine der wichtigsten Aufgaben des europäischen Volkes...

¹ Bericht von Habsburg (Dok.1-656/82)

¹ Mündliche Anfragen mit Aussprache

14. MENSCHENRECHTE¹

Herr Präsident, es ist bezeichnend, dass dieses Parlament erneut, genauer gesagt in seiner letzten Parlamentssitzung, die Menschenrechtsfrage anspricht, die sozusagen einer der roten Fäden seiner Tätigkeit war. Erlauben Sie mir, dass ich einen Mann würdige, der sich bei der Verteidigung der Menschenrechte große Verdienste erworben hat, unser Freund Gérard Israël, und dass ich ihm sage, wie sehr wir es bedauern, dass er uns verlässt. Wir hätten ihn für die Verteidigung der Menschenrechte noch lange gebraucht!

Diese Frage ist von enormer Bedeutung für uns, da Europa als Kontinent der Freiheit auch ein Raum der Menschenrechte sein muss, denn Freiheit und Menschenrechte gehen Hand in Hand. Wir müssen uns bewusst werden, dass die Freiheit dem Menschen nicht angeboren ist. Sie ist die größte Errungenschaft unserer Zivilisation. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Freiheit heute mehr als je zuvor bedroht ist. Immerhin sind in nur 24 Staaten von den 154 UNO-Mitgliedstaaten die Rechte und Freiheiten der Menschen verbrieft. Alle übrigen sind totalitäre Staaten, d.h. kommunistische Diktaturen, Militärdiktaturen oder Staaten mit einer Einheitspartei.

Wir verfügen heute in Europa über einen großen Schatz, vielleicht dem größten Schatz der Menschheit. Wir hüten ihn zu einer Zeit, in der er nur für eine winzige Minderheit in der Welt existiert. Das sollten wir nicht vergessen! Deshalb kann ich es nur begrüßen, dass die Frage der Freiheit stets zusammen mit der Menschenrechtsfrage in den Lomé-Abkommen aufgenommen wird.

Es ist schlicht unverträglich, dass wir immer noch mit dem Geld der europäischen Bürger, wie es die Kommission leider zu häufig getan hat, Regime unterstützen, die sich nur unter Missachtung der Menschenrechte an der Macht halten.

Im Übrigen müssen wir – und hier wende ich mich an die kommunistischen Abgeordneten – für die Rechte der Europäer kämpfen, wie es mein Freund Spencer gesagt hat: für die Ukrainer, die baltischen Nationen, die Ungarn, die Tschechen, die Slowaken und die Polen, die dieser Rechte beraubt sind. Unsere kommunistischen Kollegen könnten doch viel bei ihren Führern erreichen, anstatt zu versuchen, in diesem Forum, das dafür nicht der geeignete Ort ist, einen Rechtsstreit zu beginnen.

In diesem Geiste danke ich dem Berichtstatter, Lord Bethell, dessen Bericht wir begeistert annehmen werden .

15. DER BEITRITT SPANIENS UND PORTUGALS¹

Herr Präsident, ich möchte Herrn Croux herzlich dafür danken, dass er mich als Ersten hat sprechen lassen, denn er wird anschließend vor allem die institutionellen Aspekte der Süderweiterung ansprechen. Ich erlaube mir somit, über die politischen Aspekte zu sprechen, die wir dem Bericht Formigoni entnehmen. In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht vergessen – und ich unterstützte das, was Herr Hänsch soeben gesagt hat –, dass dieses Parlament, eben weil seine Legitimität sich unmittelbar auf den Wählerwillen gründet, den Auftrag hat, als politischer Motor für die Europäische Gemeinschaft zu dienen, und daher muss es in besonderer Weise bei der Süderweiterung, die ein sehr bedeutendes Ereignis in unserem gemeinschaftlichen Leben und eine politische Frage ersten Ranges ist, in Erscheinung treten. Vergessen wir nicht, dass unser Parlament bereits mehrmals ebenso engagierte wie unmissverständliche Stellungnahmen zum Thema der Erweiterung abgegeben hat. Deshalb begrüße ich ganz besonders die Äußerungen von Herrn Hänsch, d.h. dass wir versuchen müssen, zu dieser Frage noch vor den nationalen Parlamenten Stellung zu nehmen, da es sich hierbei um eine gemeinschaftliche Frage handelt. In diesem Zusammenhang möchte ich mir erlauben, Herr Präsident, Ihre Aufmerksamkeit auf eine Stelle des Berichts zu lenken, die vielleicht ein wenig unglücklich ist, ohne dass man Herrn Formigoni einen Vorwurf daraus machen könnte. Denn unter Bezugnahme auf den Vorschlag von Herrn Ford werden in dem Bericht Ceuta und Melilla als spanische Kolonien qualifiziert. Eine solche Formulierung ist zwangsläufig verwirrend, denn Ceuta und Melilla gehören seit langem zu Spanien, genauer gesagt seit dem 15. Jahrhundert. Ich habe diese beiden Städte des öfteren besucht und kann bestätigen, dass die Bevölkerung zu mindestens 90 % aus Spaniern besteht, die unter spanischer Souveränität bleiben möchten. Die verbleibenden 10 % sind eingewanderte Arbeitnehmer aus den benachbarten Regionen, so dass man eine ärgerliche Verwirrung stiften würde, wenn man von diesen Gebieten als Kolonien spräche. Es ist ganz klar, dass bei einem Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft die Bewohner von Ceuta und Melilla auf jeden Fall das Recht haben, sich an der Wahl der spanischen Vertreter im Europäischen Parlament zu beteiligen.

¹ Bericht von Bethell (Dok.1-68/84)

In dieser Gedankenabfolge möchte ich ebenfalls die Aufmerksamkeit unserer britischen Freunde auf den ziemlich unerträglichen Status von Gibraltar lenken, der dazu führt, dass, obschon das Gebiet in die von den Römischen Verträgen geschaffene Gemeinschaft integriert ist, die Bevölkerung bislang nicht das Recht hatte, sich an den Wahlen seiner Vertreter im Europäischen Parlament zu beteiligen. Daher hege ich die Hoffnung, dass nach der Verabschiedung der europäischen Wahlordnung, die wir derzeit vorbereiten, weder die Bewohner von Gibraltar noch die von Ceuta und Melilla vergessen werden und dass die britischen Behörden ebenfalls alles daran setzen, damit wieder eine normale Rechtssituation hergestellt wird.

Unsere Verhandlungen – so wie es auch Herr Hänsch unterstrichen hat – verliefen bis jetzt nicht rasch genug; jedoch kann man nun ernsthaft hoffen, dass sie schneller vonstatten gehen. Aber wenn wir die Gründe dafür suchen, warum die Bedingungen für die Verhandlungen nicht sehr günstig waren, stellen wir fest, dass man auf beiden Seiten zu bürokratisch vorgegangen ist. Ich konnte diese Angelegenheit einwenig verfolgen und muss sagen, dass die beiden sich gegenüberstehenden Parteien den Akzent nicht hinreichend auf den dringlichen Charakter der Situation gelegt haben. Ich fürchte überdies, dass die Gemeinschaft nicht immer die erforderlichen Prioritäten definiert hat.

Ich denke an eine Zeit, die für die meisten von Ihnen fast schon zum vorsintflutlichen Zeitalter gehört, nämlich die Zeit, in der die Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorbereitet wurde. Ich habe Robert Schuman bereits vor dem Zweiten Weltkrieg kennen gelernt und oft mit ihm über die Gemeinschaft für Kohle und Stahl gesprochen. Er sagte damals häufig, wie viel ihm an einem Ansatz lag, der mit der Wirtschaft und nicht mit der Politik beginnt. Er hatte eine hübsche Formulierung, um sein Anliegen zum Ausdruck zu bringen: „Es ist stets ein Irrtum, die Heeresintendantur an die Front zu schicken und das Hinterland den Kampftruppen anzuvertrauen – d.h.: die Politik“. Hierin liegt im Übrigen einer der Hauptgründe für die Schwierigkeiten, auf die wir gestoßen sind. Damals konnte man nicht anders vorgehen. Aber heute, in einer Zeit, in der die Süderweiterung die Vorstufe zu einer neuen Etappe ist, müssen wir dafür sorgen, die Prioritäten nach den Erfordernissen zu definieren und klar zu erklären, dass wir der Politik den Vorzug geben und später in ihrem Fahrwasser die Wirtschaft nachziehen.

Was möchten wir politisch erreichen? Meines Erachtens ist es zunächst die Aufrechterhaltung der Demokratie in den beiden iberischen Staaten. Vergessen wir nicht, dass die Demokratie dort erst vor relativ kurzer Zeit eingeführt wurde. Es ist signifikant, dass König Juan Carlos erst seit zehn Jahren in Spanien regiert. Es ist unbestritten zum großen Teil ihm zu verdanken – und selbstverständlich auch seinen Mitarbeitern –, dass alles bislang so gut verlaufen ist. Aber wir dürfen die Geduld der Spanier nicht überstrapazieren.

Meine Damen und Herren, eines dürfen wir nicht vergessen. Wir wurden damals nicht müde, Spanien

– übrigens zu Recht – zu versprechen, dass die Türen der Gemeinschaft für seinen Beitritt weit offen stünden, sobald die Diktatur dort beendet wäre. Ebenso sind wir mit Portugal verfahren. Wenn wir die Dinge zu lange schleifen lassen, dann werden die Völker Spaniens und Portugals – und beides sind stolze Völker – sich letztendlich fragen, ob wir sie noch eine Ewigkeit vor unserer Tür warten lassen möchten. Zudem kann die Europäische Gemeinschaft niemals wirklich Europa sein, so lange die beiden Staaten der iberischen Halbinsel nicht ein Teil davon sind, sie, die so entscheidend zu unserer Zivilisation beigetragen haben, was im Übrigen entsprechend auch für die Staaten Mitteleuropas gilt, denen wir gegenwärtig nicht das Recht auf Selbstbestimmung garantieren können, die jedoch ebenfalls das Recht auf europäische Selbstbestimmung haben.

Vergessen wir nicht, dass Spanien und Portugal für uns eine absolut unerlässliche Brücke zwischen uns und den arabischen Ländern sowie Lateinamerika sind, was von allergrößter Bedeutung für die Zukunft der europäischen Politik und Wirtschaft ist. Ebenfalls klar ist, dass wir die Rolle Spaniens – und in gewisser Hinsicht auch die Portugals – für die Sicherheit des Mittelmeerraums nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Die gesamte Mittelmeerpolitik ist mit der Integration dieser iberischen Staaten verbunden. Daher müssen wir als politisches Parlament sagen, dass alle Aussprachen über Wein, Olivenöl und Zitrusfrüchte bedeutungslos sind in Anbetracht der Tatsache, dass es sich hier um einen Akt von immenser politischer Tragweite handelt. Und wenn wir die gesamte Priorität auf diesen politischen Aspekt legen, dann wird der Rest verhältnismäßig leichter zu lösen sein, als wenn wir umgekehrt vorgehen und gewissermaßen versuchen, den Statistiken der Europäischen Gemeinschaft einen politischen Willen herauszupressen. In dieser Gedankenabfolge ist die sich uns stellende Frage ganz einfach die, ob wir hier eine authentische Gemeinschaft oder eine Art Freihandelszone sehen möchten, die man unendlich erneuern kann. In diesem Falle können wir jahrelang über die Wirtschaft diskutieren. Möchten wir hingegen eine echte Gemeinschaft zuwege bringen, dann muss dieser politische Schritt heute getan werden. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf meine erste Bemerkung zurückkommen. Wenn dieses Parlament der Motor der Europäischen Gemeinschaft sein möchte – und das genau ist die uns von den Wählern übertragene Rolle –, dann muss es ernstlich und unverzüglich handeln. Es muss der Antrieb für die nationalen Regierungen sein und der Entwicklung der Dinge tatsächlich den dynamischen Impuls geben, den wir alle für die Europäische Gemeinschaft wünschen.

Ich möchte das berühmte Zitat: „Der Krieg ist eine zu ernste Angelegenheit, als dass man ihn den Militärs anvertrauen könnte“ umschreiben und anstelle einer Schlussfolgerung sagen: Für uns Europäer ist die Süderweiterung eine zu bedeutende Angelegenheit, als dass man sie allein den Regierungen anvertrauen könnte. In diesem Erweiterungsprozess unserer Gemeinschaft müssen auch die Volksvertreter ihre Verantwortung in vollem Umfang übernehmen.

¹ Bericht Formigoni (Dok. 2-1343/84)

16. DIE EINRICHTUNG DES SACHAROW-PREISES¹

Herr Präsident, ich gestehe es offen: Als mein Freund Deniau zum ersten Mal die Idee eines Sacharow-Preises erwähnte, war ich recht skeptisch. Seither habe ich mich überzeugen lassen, meinen Standpunkt zu überdenken, denn ich glaube, ein solcher Preis wäre von wirklichem Nutzen, da er genau in der heutigen Zeit eine moralische Geste unseres Parlaments wäre.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Sacharow ein Symbol für Integrität und Mut geworden ist. Wie es bereits Herr Saby gesagt hat, der Name Sacharow steht symbolisch für die Namen zahlreicher anderer Personen. Er ist ein Symbol, denn er hat es gewagt, sich gegen die Tyrannei aufzulehnen, sich im Namen seiner Prinzipien zu engagieren und die Konsequenzen seiner Handlungen zu akzeptieren.

Aber wenn das Symbol Sacharow wichtig für uns ist, dann auch aus einem anderen Grund. Es ist ein Symbol des Kampfes gegen die Rassendiskriminierung. Wir haben nur allzu oft vergessen, dass einer der Hauptgründe, aus denen Andrej Sacharow verfolgt wird, sein Jüdischsein ist.

Man muss nur die sowjetische Presse studieren. Der Name Sacharow ist dort stets falsch als Zuckermann wiedergegeben. Damit soll den Russen bedeutet werden, dass es sich um einen Juden handelt. Er wird verfolgt, weil er Jude ist. Das wird immer vergessen, aber wir müssen es betonen, denn es wird nur zu oft aus dem Auge verloren, dass es in der Sowjetunion Rassismus gibt.

Die Anerkennungen durchleben eine Krisenzeit und das dürfen wir auch nicht vergessen. Gerade in dieser Woche haben wir einen ganz besonders tragischen Rückschlag bezüglich der Verleihung des Friedensnobelpreises erlebt. Dieser Preis wurde einem Mann verliehen, der von Anfang an an den Verfolgungen Sacharows beteiligt war und der sich als Denunziant in den Dienst der Tyrannen und der Geheimpolizei gestellt hat.

Im Rahmen einer Gruppe wurde eine hohe Persönlichkeit gewürdigt, die an Verfolgung und psychischer Folter beteiligt war. Wir durchleben heute eine echte Krise, die den großen internationalen Preis betrifft, der der Nobelpreis einmal war.

Folglich ist es ermutigend, wenn unser Parlament in Kenntnis der Sachlage und mit voller Absicht einen Preis einrichtet, der den Namen eines auf Grund seiner Rasse und seiner Ansichten verfolgten Mannes trägt, damit den Menschenrechtsverteidigern Anerkennung zuteil wird, und es ist tröstlich, zu wissen, dass das Parlament mit überwältigender Mehrheit diesem Sacharow-Preis zustimmen wird.

Ich denke, es wird das Parlament ehren, genau diesen Namen und diesen Augenblick gewählt zu haben. Wir unterstützen selbstverständlich den Änderungsantrag von Herrn Seefeld, aber wir lehnen die übrigen ab, denn wir sind der Meinung, dass der Bericht in seiner derzeitigen Fassung ausgezeichnet ist.

17. APPELL ZUR SCHAFFUNG DER DEMOKRATIE IN OSTEUROPA¹

Herr Präsident, zunächst möchte ich der Liberalen und Demokratischen Fraktion für diesen äußerst willkommenen Entschließungsantrag danken. Das ist die Antwort des Europäischen Parlaments auf die Erklärung der 122 Bürger Ungarns, der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakei und Polens, die – über die Stacheldrahtabspernungen und die Minenfelder Europas hinweg – einen Aufruf gestartet haben, nach dem Beispiel von Radio Budapest vor 30 Jahren, als die sowjetischen Truppen das Land besetzt hatten.

In dieser Erklärung muss man, so glaube ich, nicht nur den Ausdruck der beständigen Freiheitserwartung der ost- und mitteleuropäischen Völker sehen, sondern auch den ihres Glaubens an Europa. Und ich kann sagen, dass ich, der ich wenig mit diesen Ländern zu tun habe, im Allgemeinen einen besseren europäischen Geist in Ost- und Mitteleuropa vorfinde als im Westen, einschließlich dieses halb leeren Sitzungssaals.

Es wird viel von Erleichterungen in Mittel- und Osteuropa gesprochen. Tatsächlich sind mit der Zeit einige der unerfreulichsten Erscheinungen verschwunden. Man darf jedoch nicht vergessen, was verboten bleibt, selbst in Ungarn, dem immerhin liberalsten Staat Mittel- und Osteuropas. Welchem Bürger des freien Westens würde es wohl gefallen, sich nur alle drei Jahre ins Ausland begeben zu dürfen? Das sind doch trotzdem Realitäten. Vielleicht haben sich die Dinge ein wenig gebessert, im Verhältnis zum schrecklichen Vorgängerregime, aber die demokratischen Grundrechte werden von den Machthabern verweigert.

Daher muss ich meinem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck verleihen, dass ein Mitglied dieses Parlaments die Regime des Ostens und unsere auf die gleiche Ebene gestellt hat. Vergessen wir nicht, dass der Kolonialismus lebt. Da wo sich sowjetische Truppen aufhalten, regiert der Kolonialismus. Die Menschen dort haben nicht die Möglichkeit, die Regierung zu wechseln, während sie dies bei uns jederzeit tun können. Wenn jemand derartige Dinge äußert, macht er sich damit zum Kollaborateur der Unterdrückung.

Dreißig Jahre sind seit dem Ungarnaufstand vergangen. Diese Revolte hat uns gezeigt, was wirkliche Sehnsucht nach Freiheit ist. Dieser Geist wird niemals untergehen, und es ist unsere Pflicht, ihn weiterhin zu unterstützen.

¹ Bericht Deniau (Dok.A2-137/85)

¹ Entschließungsantrag von Frau Veil (Dok. B2-1078/86)

18. DIE SPRACHEN UND KULTUREN DER REGIONALEN UND ETHNISCHEN MINDERHEITEN'

Herr Präsident, für gewöhnlich sagt man, Europa sei ein Kontinent der Freiheit. Das ist sicherlich vordergründig richtig, aber es müsste präzisiert werden, was unter dem Begriff „Freiheit“ zu verstehen ist. Denn dabei handelt es sich nicht um ein Privileg, das dem Menschen bei seiner Geburt in die Wiege gelegt worden wäre. Es handelt sich um die wertvollste Errungenschaft unserer Zivilisation und diese Errungenschaft stützt sich auf die Grundwerte des Christentums. Die Freiheit kann sich nur dort auf solide Grundlagen stützen, wo die Menschen anerkennen, dass sie Geschöpfe Gottes sind, denen der Allmächtige Rechte verliehen hat, die keine Macht ihnen nehmen kann.

Wenn man diese grundlegende Wahrheit von sich weist, wird man früher oder später in den Rechtsextremismus verfallen, der die Negation selbst der Freiheit ist. Wenn man glaubt, dass der Wille eines Führers bzw. einer Mehrheit die einzige Quelle des Rechts darstellt, befindet man sich auf dem Weg in den Totalitarismus.

Die Länder, die sich wie wir auf die Freiheit berufen, bilden eine kleine Minderheit in der Welt. Von den 154 UNO-Mitgliedstaaten können derzeit 24 als echte Rechtsstaaten angesehen werden, d.h. als freie Länder. Das zeigt uns doch, wie wichtig es ist, dass wir unsere Werte verteidigen.

Andererseits kann die Freiheit auf politischer Ebene nur innerhalb kleiner Einheiten wirksam verteidigt werden. Je weiter der „politische Entscheidungsträger“ von denen entfernt ist, auf die seine Entscheidungen Anwendung finden, desto größer ist die Gefahr für die Freiheit.

Im Rahmen der kleinsten Einheiten kann die Freiheit bestmöglich gewährleistet werden. Ein Bürgermeister wird wohl kaum ein Demagoge sein können, denn er muss über seine Entscheidungen vor den Menschen Rechenschaft ablegen, die in seiner unmittelbaren Nachbarschaft leben. Dagegen unterliegt ein in seinem administrativen Elfenbeinturm, in dem die politischen Parteien nichts zu suchen haben, eingeschlossener Bürokrat keinerlei Kontrolle.

Wir müssen uns dessen gerade insofern bewusst sein, als wir aufgerufen sind, Europa zu einigen. Es handelt sich dabei um eine entscheidende Notwendigkeit für uns, aber es wäre ein schwerwiegender Irrtum, die der Einigung innewohnenden Risiken zu unterschätzen. Folglich kann es nicht darum gehen, einen im Wesentlichen bürokratischen Superstaat zu schaffen, dessen Aufgabe darin bestünde, unter dem Vorwand einer größeren Effizienz alles zu nivellieren. Vor mehreren Jahrzehnten hätte man dazu

Gleichschaltung gesagt. Da es sich um die europäische Einigung handelt, müssen wir immer Sorge dafür tragen, dass auf politischer ebenso wie auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene die größte geeinigte Einheit niemals die Aufgaben übernimmt, die die kleinste zufriedenstellend erfüllen kann. Das muss das grundlegende Gebot für das Europa von morgen sein. Praktisch bedeutet das, insbesondere auf kultureller Ebene alles daranzusetzen, damit unsere Verschiedenartigkeit gewahrt wird. Derjenige, der an eine europäische Sprache denkt, sollte sich lieber in den Vereinigten Staaten oder in der Sowjetunion niederlassen, denn er ist kein Europäer. Desgleichen wäre es ein gravierender Irrtum, aus Europa eine zentralisierte Einheit machen zu wollen, dergestalt dass die ethnischen Minderheiten, die Regionen und die kleinen Nationalitäten verschwinden würden. Diesen eine Hilfe zuteil werden zu lassen, bedeutet, sich wie ein echter Europäer zu verhalten.

In diesem Geiste begrüße ich den Bericht Kijpers, der einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung darstellt. Er stützt sich auf den Bericht unseres ehemaligen Kollegen Arfè, dem das Verdienst zukommt, der Erste im direkt gewählten Europäischen Parlament gewesen zu sein, der Maßnahmen zum Schutz der kleinen Sprachgruppen vorgeschlagen hat, getreu der besten europäischen Tradition, und wenn ich das sage, dann denke ich an das, was man den „Mährischen Ausgleich“ genannt hat, der, wäre er früher zustande gekommen und breiter angewendet worden, uns einiges Unglück in diesem Jahrhundert erspart hätte.

Den Bericht Kijpers betreffend möchte ich den Verfasser beglückwünschen, eine so wichtige Arbeit vollendet zu haben. Jedoch muss ich diese Bemerkung ein wenig relativieren. Das französische Sprichwort „Wer alles tun will, tut nichts recht“ ist eine der großen Lehren, die man aus der Politik ziehen kann. Es wäre besser gewesen, - bezieht man sich auf dieses Sprichwort -, wenn der Bericht nicht so viele wünschenswerte Reformen forderte, die gegenwärtig ohnehin noch nicht realisierbar sind. Wir, die wir Europa aufbauen möchten, hätten lernen müssen, dass nichts schlimmer ist, als den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Wir haben mit der bescheidenen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begonnen, und das haben wir dem Mut Robert Schumans zu verdanken. Der Gemeinsame Markt ist auf Grund dieser Tatsache schon nach einigen Jahren als unausweichlich erschienen. Wenn er mit Letzterem begonnen hätte, wäre der Versuch wahrscheinlich gescheitert. Zum anderen gab es den Plan Pléven, der uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bescheren sollte. Alle guten Europäer haben sich seinen Erfolg gewünscht, aber er ging zu weit, und daraus folgte der Misserfolg, den er in Paris erleben musste, ein Misserfolg, von dem wir uns nur schrittweise erholen.

Wir hätten über all das zu einem Zeitpunkt nachdenken müssen, als der fragliche Bericht verfasst wurde. Trotz dieser Kritiken gab es keinen Anlass, ihn zu verwerfen. Denn sein Anliegen ist gut für unseren Kontinent und seine Zukunft. Aber wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Einige der im Bericht formulierten Wünsche können noch nicht einmal in naher Zukunft erfüllt werden. Es empfiehlt sich jedoch, dass wir diese Wünsche nicht aus dem Auge verlieren und sie für uns zu erreichende Ziele bleiben.

Unter diesem Aspekt ist der Bericht nur ein Schritt nach vorn und der zurückzulegende Weg ist lang. Wir sollten jedoch uns vor allem der Tatsache bewusst sein, dass für uns die Einräumung eines Rechts der ethnischen Minderheiten eine Frage von brennender Aktualität ist. Eines darf man ganz gewiss niemals außer Acht lassen, wenn es um Westeuropa geht: Es ist die Tatsache, dass ethnische Gruppen nicht nur jene sind, die in einer Region niedergelassen sind, in der sie seit langem leben, sondern vor allem diejenigen, die aus ihrem Heimatgebiet in der Folge der schrecklichen Ereignisse, die dort stattgefunden haben, vertrieben wurden. Sie erwarten – und nach unserem Dafürhalten ist das ganz normal – von der Europäischen Gemeinschaft, dass die ihre Rechte anerkennt, einschließlich ihres Rechts auf ein Vaterland im engeren Sinne des Wortes. Darum sollten wir uns so schnell wie möglich bemühen. Ausgehend von diesen Überlegungen kann ich nur allen, die ein Europa wünschen, in dem die Vielfalt vorherrscht, empfehlen, den Bericht anzunehmen. Wie man im Ungarischen, einer der in unserem Europa in einem begrenzten Gebiet gesprochenen Sprache, sagt: Csak akkor lesz igazi béke a ni foldrészünkön amikor minden kisebbség jogait tisztelni fogják. Es wird nur Frieden für unseren Kontinent geben, wenn die Rechte aller Minderheiten respektiert werden.

¹ Herr Kijpers (Dok. A2-150/87)

19. DIE FÖRDERUNG DER EUROPÄISCHEN KULTUR¹

Herr Präsident, zunächst möchte ich meinem Kollegen, Herrn Croux, ganz herzlich dafür danken, dass er endlich das Thema der Kultur in das Parlament eingebracht hat, denn es ist sehr beunruhigend, dass so viel über Wirtschaft gesprochen wird und so wenig über das, was die eigentliche Substanz Europas ausmacht, und damit meine ich seine geistige und kulturelle Ausdruckskraft. Wir beklagen uns oftmals darüber, dass das Europa der Bürger nicht verwirklicht wird, und zweifellos sind unsere Regierungen teilweise dafür verantwortlich, aber wir dürfen nicht vergessen, dass auch wir verantwortlich sind, indem wir die Kultur ignorieren, während sie für unsere Bürger von essentieller Bedeutung ist.

Ich möchte an dieser Stelle kurz die Äußerungen von Herrn Ulburghs kommentieren, nämlich dass die Kultur eher eine Angelegenheit der besser gestellten Bevölkerungsschichten ist. In meiner Heimatregion jedenfalls hat die Kultur ihre Wurzeln wirklich in der Bevölkerung, ja sogar bei den großen Massen der Bevölkerung. Es handelt sich dabei um eine sehr gesunde Kultur, denn man kann nicht behaupten, dass es hier irgendein Monopol gibt.

Ich begrüße es außerordentlich, dass Herr Croux darauf hingewiesen hat, dass wir uns dem Europarat stärker annähern müssen. Wir müssen ganz objektiv zugeben, dass der Europarat in vielen Bereichen oftmals bessere Arbeit geleistet hat als wir. Wir sollten nicht unablässig Barrieren zwischen dem Europarat und uns errichten, und vor allem nicht im Bereich der Kultur.

Herr Ulburghs hat andererseits zu Recht das Sprachenproblem betont. Wir müssen nichtsdestotrotz vor allem die großen Sprachen retten, denn die sprachliche Verarmung, die uns derzeit bedroht, diese seltsame EDV-Sprache, die aus den Vereinigten Staaten zu uns herüber kommt, zerstört nicht nur die kleinen Sprachen, sondern ganz genauso die großen.

Wenn wir gleich einen Bericht über die Kultur erarbeiten, dann dürfen wir eines nicht vergessen. In einer ihrer letzten Ansprachen, wenn nicht sogar in ihrer letzten, hat Louise Weiss, die für uns unvergessene Alterspräsidentin des ersten Parlaments, vorgeschlagen, dass wir ein Museum über die Entwicklung der europäischen Idee einrichten. Ich denke, dass wir diesen Gedanken aufgreifen sollten, denn auch das ist ein Teil unserer gemeinsamen Kultur.

¹ Mündliche Anfrage (Dok. B2-1767/87) von Herrn M. Croux

20. ETHNISCHE MINDERHEITEN IN RUMÄNIEN UND DER UDSSR¹

Sehr geehrter Herr Präsident! Unser Parlament hat sich stets für die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall in der Welt eingesetzt. Aber wir müssen auch einräumen, dass der Schwerpunkt unseres Aufgabenfeldes in Europa liegt, und dieses Europa beschränkt sich nicht auf die zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft.

In den letzten Jahren erlebte die Welt eine ganze Anzahl von Gewaltregimes. Denken wir nur an die Schreckensherrschaft der Roten Khmer, die jüngst einen traurigen Rekord darstellte. Jedoch gibt es heute bei uns in Europa ein Regime, das ganz offenbar dem Henker von Kambodscha nacheifert, denn man kann Nicolae Ceaucescu als den Pol Pot dieses Teils der Welt bezeichnen. Man braucht die von diesem Regime verübten Verbrechen nicht im Einzelnen zu nennen, denn sie sind ja inzwischen glücklicherweise weltweit bekannt. Und dieser Tyrann bereitet nicht nur den Völkermord an den Deutschen und den Ungarn und die Vernichtung ihrer Kultur vor, sondern unterdrückt zugleich unerbittlich sein eigenes Volk und setzt es der Willkür, dem Hunger und der Kälte aus.

Aus dieser nicht hinnehmbaren Situation müssen wir die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Mit einem solchen Regime kann keine solide Zusammenarbeit stattfinden. Wir müssen Konsequenzen ziehen, um glaubwürdig zu bleiben. Wir können mit Rumänien heute nicht mehr umgehen, wie wir es mit den anderen, nichtdemokratischen Staaten Mitteleuropas nach der gemeinsamen Erklärung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Comecon-Ländern vorhaben. Ceaucescu hat sein Land aus der Reihe der mehr oder weniger zivilisierten Staaten ausgeschlossen – für kurze Zeit nur, so hoffen wir.

Eine letzte Bemerkung. Die Gemeinschaft hatte geplant, den Bedürftigen in Rumänien eine Lebensmittelhilfe zu gewähren. Ceaucescu hat dies brutal abgelehnt. Ich schlage vor, dass ein Teil dieser Hilfe nunmehr nach Ungarn gesandt wird, wo bereits über 15 000 Flüchtlinge aus Rumänien aufgenommen wurden. Wir müssen dieses Elend mildern helfen. Ich fordere die Kommission auf, in diesem Sinne zu handeln.

Abschließend möchte ich den Wunsch formulieren, dass das Regime Ceaucescu bald zu Ende geht. Darüber würden sich alle Völker Europas aufrichtig freuen.

¹ Entschließungsanträge (Dok. B2-501/88) von Herrn von Habsburg

21. SITUATION IN DEN BALTISCHEN STAATEN UND IN ARMENIEN¹

Frau Präsidentin, ein Frühlingswind scheint derzeit über den baltischen Staaten zu wehen, und mit dieser Entschließung wünschen wir uns vor allem, dass er Träger der Freiheit für diese Länder sein und sie in die Selbstbestimmung führen möge. Es ist unbestritten ein gutes Omen, dass die baltischen Sprachen als Amtssprachen wieder eingeführt wurden, womit eine gewisse Demarkationslinie zwischen der Gegenwart und der brutalen Russifizierung der Vergangenheit gezogen werden kann. Ich möchte ganz besonders auf die Tatsache hinweisen, dass das Problem der baltischen Staaten für uns auf einer ganz anderen Ebene angesiedelt ist als das der anderen in der Sowjetunion vertretenen Staaten, ebenso wie Herr Seeler dies zu Recht gerade unterstrichen hat. Kein EWG-Mitgliedstaat hat de jure die sowjetische Besetzung der baltischen Staaten anerkannt. Juristisch gesprochen ist ihre Situation also eine ganz andere, was für die Abwägung der Unterstützung, die wir unseren baltischen Freunden zukommen lassen müssen, entscheidend ist.

Wir dürfen im Übrigen nicht vergessen, dass es die baltischen Länder waren, die zu Beginn der durch Coudenhove-Kalergi, der als erster von der paneuropäischen Idee sprach, angestoßenen Bewegung für die europäische Einigung am meisten Eifer für die Förderung dieser Bewegung zeigten. Unter den Gründern der Paneuropäischen Union waren die Präsidenten der drei baltischen Staaten. Das müssen wir, die wir uns um die Europäische Union bemühen, im Gedächtnis behalten. Wir müssen uns daran erinnern, dass es Europäer gibt, die heute noch von uns getrennt sind, aber für die wir als um die Europäische Union bemühte Mitglieder des Europäischen Parlaments verantwortlich bleiben. Daher müssen wir die Entschließung der Liberalen und Demokratischen Fraktion annehmen, die bis auf Kleinigkeiten identisch mit der unsrigen ist.

¹ Entschließungsantrag von Herrn von Habsburg (Dok.B2-1299/88)

22. MITTEILUNGEN DES RATES UND DER KOMMISSION ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Herr Präsident, die Frage, die sich heute in Deutschland stellt, ist sehr einfach: es ist die Frage nach der demokratischen Glaubwürdigkeit der Europäischen Gemeinschaft und der übrigen Mächte. Denn eines ist klar: Die Deutschen möchten die Wiedervereinigung, und sich dieser Wiedervereinigung entgegenzustellen oder sie behindern heißt, jegliche demokratische Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Ständig werden die Befürchtungen gegenüber einem Großdeutschland erwähnt. So zu sprechen heißt, in der Denkweise des 19. Jahrhunderts gefangen zu sein, die Zahlen zum Maßstab zu nehmen.

Ob es 60 oder 80 Millionen Deutsche sind, hat keine Bedeutung für das Gewicht der Gemeinschaft. Die Haupttrümpfe jeder Nation sind ihre Kenntnisse, ihre Technologie und ihre Arbeitskräfte. Vergessen Sie nicht die Rolle, die z.B. der kleinste Staat der Gemeinschaft, Luxemburg, beim Aufbau Europas gespielt hat. Das zeigt, dass die Persönlichkeit zählt und nicht irgendwelche Zahlen.

Man spricht von der DDR wie vom dreizehnten Mitglied der Gemeinschaft. Das ist ebenso unrealistisch wie es viele andere Dinge damals waren. Die DDR ist einfach ein Teil Deutschlands, und sie wird im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu Deutschland gehören. Natürlich muss - wie immer wieder zu Recht wiederholt wird - die Vereinigung Deutschlands im Rahmen der europäischen Einigung erfolgen. Daher bin ich Herrn de la Malène sehr dankbar dafür, dass er die notwendige Beteiligung der Länder Mittel- und Osteuropas an diesem Prozess betont hat. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Europas sind eng miteinander verbunden. Ohne Öffnung ist nichts möglich, und wenn die Besorgnisse im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die DDR Handelsbeziehungen mit dem Osten unterhalten wird, legitim sind, darf man nicht vergessen, dass dieser Osten auch ein Teil Europas ist. Polen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, etc ... sind ebenso Europäer wie wir. Deshalb sollten wir von einer globalen Wiedervereinigung sprechen.

Diejenigen, die sich Sorgen bei dem Gedanken an eine Währungsunion machen, möchte ich an das erinnern, was seit dem 12. September 1953 ein berühmter, seit langem verstorbener Europäer, Ludwig Erhard, erklärte. Er sagte, dass die Wiedervereinigung Deutschlands mit einer Währungsunion beginnen könnte. Er hatte Recht damit, wenn er sagte, dass man keine Angst vor einem freien Markt haben darf. Er stand am Anfang des freien Marktes. Es ist diese Freiheit des Marktes, dank derer wir die von uns gefürchteten Probleme schneller zu lösen vermögen werden, als wir es heute für möglich halten.

23. ABKOMMEN EWG - UNGARN, POLEN UND TSCHECHOSLOWAKEI¹

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns, denen die Probleme Mitteleuropas ganz besonders am Herzen liegen, war es eine echte Freude zu vernehmen, dass die Kommission den Rat nunmehr um ein Verhandlungsmandat für Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn ersuchte. Und die Worte des Großherzogs von Luxemburg heute morgen im Plenum bestärkten uns nur noch mehr. Luxemburg war als europäischer Staat immer beispielgebend und spielte bereits in den Anfangszeiten der Europäischen Gemeinschaft häufig die Rolle des Vorreiters. Daher ist es ermutigend, speziell vom Vertreter Luxemburgs zu vernehmen, dass wir gegenüber Mittel- und Osteuropa eine positive Haltung einnehmen und alles in unseren Kräften Stehende tun sollten, damit die europäische Wiedervereinigung zügig vonstatten gehen kann.

Worum geht es? In erster Linie wünschen wir, dass die Verhandlungen mit Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen möglichst bald in Gang kommen und keine Zeit für bürokratischen Aufwand verschwendet wird, sondern dass unverzüglich die eigentlichen Verhandlungen in Angriff genommen werden. Dabei handelt es sich nicht allein um ein generelles oder ein speziell auf Mitteleuropa zutreffendes wirtschaftliches Problem, sondern ich bin überzeugt, dass die Zukunft unserer westlichen Wirtschaft genau von Mitteleuropa abhängt. Entweder Mitteleuropa schafft den Start und reißt uns – unsere Mitarbeit vorausgesetzt – mit, oder wir lassen Mitteleuropa fallen und werden die Folgen dann bei uns ausbaden müssen.

Übrigens geht es noch um einen weiteren Gesichtspunkt in Bezug auf dieses künftige Europa, der für uns ebenfalls von Belang ist. Abgesehen davon, dass wir als Club der Reichen, gut Situierten und Gesättigten gelten, müssen wir noch etwas Größeres in diesem Europa sehen, etwas, das für uns alle wichtig ist. Auch in diesem Punkt bin ich dem Vertreter Luxemburgs zu Dank verpflichtet, denn er hat sich – mit anderen Worten – für ein Recht auf Europa ausgesprochen, d. h. ein Volk, das den Voraussetzungen gerecht wird, die wir für den Beitritt zur Gemeinschaft bestimmt haben, hat das Recht, aufgenommen zu werden.

Es darf nicht von bestimmten Wünschen oder Interessen abhängen, ob wir diese Völker aufnehmen oder nicht, denn die Ungarn, die Polen und die Tschechen sind Europäer wie die Deutschen, die Franzosen oder die Belgier. Sie haben das gleiche Recht auf Europa wie wir.

Darüber hinaus geht es auch um eine Frage der politischen Sicherheit, denn je weiter die Grenzen Europas nach Osten rücken, desto sicherer werden wir uns im Westen fühlen. Aus diesem Grund muss sich das Parlament gerade dann zu Wort melden, wenn die Kommission dem Rat einen Vorschlag unterbreitet.

Wir müssen aus dem, was in Deutschland passiert ist, unsere Lehren ziehen. Dort sind die Menschen vor der Wiedervereinigung auf die Straße gegangen und haben gerufen: „Wir sind das Volk“. Wir, die Parlamentsabgeordneten, sind das Volk Europas in dieser Europäischen Gemeinschaft. Und als europäisches Volk sollten wir unsere Dankbarkeit und unsere Solidarität gegenüber diesen drei europäischen Nationen zum Ausdruck bringen, denn Ungarn hat einen echten Beitrag zur Befreiung Deutschlands geleistet. So stellte Bundeskanzler Kohl zu Recht fest, dass der Boden unter dem Brandenburger Tor ungarischer Boden ist.

Polen hat sich ein Jahrzehnt lang in bemerkenswerter Weise und mit viel Mut für Europa eingesetzt. Der Tschechoslowakei verdanken wir Vaclav Havel, einen Mann, der sogar bezüglich der Versöhnung mit den Vertriebenen beispielhaftes Verhalten an den Tag legte. Er war der Einzige, der die Größe besaß zuzugeben, dass die Vertreibung der Deutschen ein Verbrechen war. Damit trug er mehr zum internationalen Frieden bei als alle Konferenzen, zu denen Herren im Nadelstreifenanzug in Büroräumen zusammentreffen.

Wir fordern Verständnis für die Völker Mitteleuropas auch im wirtschaftlichen Sinne, Verständnis in dem Sinne, dass wir ihnen behilflich sind, die Lasten des Krieges zu tragen. Darüber hinaus geben wir der Hoffnung Ausdruck, dass diese Völker sich mit ihren Minderheiten einigen werden, denn Europa wird erst dann wirklich Europa sein, wenn für alle das Recht der nationalen Gemeinschaft und das Recht der nationalen Minderheit gesichert sein wird.

24. SITUATION IN JUGOSLAWIEN¹

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte mich den Ausführungen von Herrn Schmid anschließen, dass Jugoslawien als solches - so wie es heute beschaffen ist - nicht mehr existiert. Es ist eine Fiktion, aber es ist keine Realität mehr. Da ich mich selbst gestern noch dort aufhielt, kann ich aus eigener Erfahrung sprechen. Das Blutvergießen in Slowenien, das ein echter Skandal von internationaler Tragweite ist, hat dies allen deutlich gemacht. Wir müssen uns auch vergegenwärtigen, dass die Behörden, die sich in Jugoslawien als „Bundesbehörden“ bezeichnen, wirklich jeglicher Grundlage entbehren. Die Armee, deren Stabschef erklärte: „Sicherlich erkennen wir die Regierung an, aber wir gehorchen ihr nicht mehr“, ist beispielsweise Realität. Das zeigt, dass ein Zusammenbruch ganz eindeutig bereits stattgefunden hat. Die Gemeinschaft muss dem eine entsprechende Politik entgegenhalten.

Ich will in aller Offenheit sagen, dass die Europäische Gemeinschaft hier der Lage nicht gerecht geworden ist! Angesichts der gegenwärtigen Lage trägt sie sogar eine schwere Verantwortung, denn wir haben niemals zum rechten Zeitpunkt das Richtige getan. Das sollten wir uns immer vor Augen halten. Und schließlich sollten wir uns eines Umstands bewusst sein - wir sind zwar die erste Wirtschaftsmacht in der Welt, aber unser politisches Instrumentarium ist das eines Kleinstaates. Das bedeutet, es besteht eine riesige Kluft zwischen unserer tatsächlichen Macht und den Mitteln zu ihrer Ausübung. Mit anderen Worten, wir müssen aus der jugoslawischen Krise konkrete Lehren ziehen. Und schließlich muss auch die Europäische Gemeinschaft reformiert werden.

Außerdem müssen wir Glaubwürdigkeit erlangen! Wir sprechen Tag und Nacht von Demokratie - und das zu Recht. Wir fordern wohl die Demokratisierung unserer Gemeinschaft, doch im internationalen Leben ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker Ausdruck der Demokratie. Nun, da Völker wie die Kroaten und die Slowenen ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend machen, wird plötzlich gesagt, dies sei nicht hinnehmbar. Diese Art der Heuchelei, eine solche widersprüchliche Politik schadet und schwächt uns und macht das Ansehen der Europäischen Gemeinschaft zunichte.

¹ Mündliche Anfrage von Herrn von Habsburg (Dok. B3-1848/90)

Welche Lehren haben wir aus dieser Situation zu ziehen? Erstens müssen wir im Interesse der Friedenssicherung von Anfang an klar Stellung beziehen! Wir müssen unzweideutig zu verstehen geben, dass keine direkten oder indirekten militärischen Interventionen mehr stattfinden dürfen! In Fällen, in denen es dennoch zu einer solchen Intervention kommen sollte, muss die Gemeinschaft unverzüglich konsequent reagieren. Zweitens müssen wir die Fakten anerkennen, um Verhandlungen einleiten zu können. Fakt ist es beispielsweise heute, dass Slowenien und Kroatien bereits existieren. Dort hat das Volk sein Wort gesprochen und wir sollten diesen Willen respektieren. Es ist also allerhöchste Zeit, dass wir Kroatien und Slowenien als unabhängige Staaten anerkennen, um Verhandlungen in die Wege leiten zu können.

25. PERSPEKTIVEN DER ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT¹

Herr Präsident, ich war etwas enttäuscht über die Worte des Ratspräsidenten, aber er hat versprochen, am Ende der Aussprache unsere Fragen zu beantworten. Glücklicherweise ist es nun schließlich so weit, dass wir hier im Parlament die Erweiterung erörtern, denn sie ist meines Erachtens eines der wichtigsten Probleme, mit denen wir in absehbarer Zukunft konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht unsere gesamte Aufmerksamkeit auf bestimmte Länder des Westens richten. Wir müssen auch an die Länder denken, die inzwischen vom kommunistischen Joch befreit sind und die ebenfalls der Gemeinschaft angehören wollen.

So ist beispielsweise Slowenien zweifellos eines der Länder, die in Kürze zum Beitritt bereit sein werden. Wenn ich mir die Wirtschaft dieses Landes vergegenwärtige, neige ich dazu, sie mit der Portugals zu vergleichen. Ungarn, Böhmen und Mähren wie auch Slowenien befinden sich gleichermaßen auf dem Weg der Entwicklung.

Häufig hat man den Eindruck, dass bestimmte Dinge absichtlich auf die lange Bank geschoben werden. Herr Ratsvorsitzender, Herr Kommissar, inzwischen ist es über ein Jahr her, dass die Assoziationsabkommen mit Ungarn und Böhmen unterzeichnet worden sind, aber man ist immer noch nicht weiter gekommen, denn wahrscheinlich sind besagte Verträge bei den Parlamenten liegen geblieben.

Nutzen Sie doch diese Gelegenheit, Herr Kommissar und Herr Ratspräsident! Üben Sie Druck auf die Parlamente aus, damit sie die Dinge etwas schneller voranbringen. In diesem Zusammenhang sei festgestellt, dass letztere es immer wieder verstehen, zu ihrer Entschuldigung gute Gründe vorzubringen, sei es der Kommission oder dem Rat gegenüber. Versuchen Sie bitte dafür zu sorgen, dass ein konkreter Arbeitsplan vorliegt, an den man sich dann auch hält, denn ein Grund – und keineswegs einer der geringsten –, weshalb die Menschen heute an der Gemeinschaft zweifeln, ist, dass wir erleben, wie langwierig sich die Frage der Erweiterung gestaltet. Ich hoffe, dass Sie darauf eine Antwort geben. Wir sollten hier in der Tat etwas nachdrücklicher auftreten, damit die Dinge schneller vorankommen.

¹ Erklärung des Rates

¹ Mündliche Anfrage von Herrn Baron Crespo (Dok. B3-1556/92)

26. MENSCHENRECHTE (KLONIERUNG MENSCHLICHER EMBRYOS)¹

Herr Präsident, zu den erschütterndsten Nachrichten dieser Woche gehört, dass es nunmehr gelungen ist, einen Menschen zu klonen. Dies ist in einem solchen Maße ungeheuerlich, dass demgegenüber alle übrigen kleineren Probleme, die wir sonst in diesem Gremium erörtern, zu verschwindend geringfügigen Dimensionen schrumpfen. Hier geht es wirklich um etwas, das in uns Gruselgeschichten und Schreckensbilder aus der Vergangenheit wach ruft. Wer einen der Filme über Frankenstein gesehen hat, ist sich bewusst, dass die gegenwärtige Entwicklung vorausgesagt wurde und dass wir heute in der Lage sind, Wesen in der Art von Frankenstein zu erschaffen.

Hier muss unverzüglich die Gemeinschaft einschreiten, und wenn es sich als unmöglich erweist, dieses Thema auf der Ebene der Gemeinschaft zu regeln, so soll sie die einzelnen Regierungen auffordern, Untersuchungen und Forschungen in diesem Bereich sowie die Ausführung derartiger Experimente am Menschen zu verbieten. Der Mensch ist doch das Abbild Gottes auf Erden – so lehrt uns der christliche Glaube – und was wir gerade tun, bedeutet schlechthin, dieses Bild zu zerstören. Übrigens machen diese Experimente deutlich, dass eine Welt ohne Glauben die reine Hölle ist, und eben dazu führt das Klonen.

Daher ist es ein großes Verdienst unserer Freunde - der Grünen - dass sie besagten Vorschlag für eine Entschleifung eingereicht haben, dem wir uns in vollster Überzeugung anschließen und den wir in jeder Hinsicht unterstützen, denn es ist schlicht und einfach ein guter Vorschlag. In diesem Bereich wollen wir keine Parteipolitik betreiben.

Lassen Sie mich noch zu einer weiteren Angelegenheit einige Worte sagen, nämlich zu dem Antrag unseres Abgeordneten hinsichtlich des Problems der Soldaten, die aus der jugoslawischen Armee desertieren, in andere Länder flüchten und denen die Rückführung in ihr Land droht. Was sich da abspielt, ist ungeheuerlich. Wir wissen sehr wohl, dass Hunderte junger Männer in verschiedene Länder geflüchtet sind, weil sie es ablehnen, sich an den Kämpfen der Mördertruppen von Milosevic zu beteiligen und ihre Landsleute zu töten. Deshalb haben sie ihr Land verlassen. Sie wieder dorthin zurückzuschicken und sie dem Dienst in dieser Armee auszuliefern, wäre wirklich ein Skandal. Es wird ständig das Asylrecht im Munde geführt, aber im vorliegenden Fall ist plötzlich davon nicht mehr die Rede. Doch es geht um Männer, die aus humanitären Gründen in unser Lager übergewechselt sind und die wir unbedingt schützen müssen, damit sie nicht an jene ausgeliefert werden, bei denen sie aus Gewissensgründen nicht ihren Platz haben.

¹ Vorschläge für Entschleifungen

27. SITUATION IN TSCHETSCHENIEN'

Sehr geehrter Herr Präsident, ich möchte vor allem Herrn Lamassoure für seine Ausführungen danken. Lassen Sie mich zugleich vor diesem Haus einen wichtigen Punkt hervorheben. Aus der Diskussion ergibt sich auch eine philosophische Frage, nämlich ob die Völker für den Staat da sind oder der Staat für die Völker. Dies ist die Grundlage der Idee vom Recht auf Selbstbestimmung der Völker. Wenn ich gewisse Argumente als Ausdruck bestimmter Tendenzen in diesem Forum hier vernehme, habe ich den Eindruck, dass der Staat an erster Stelle steht und erst dann das Volk an der Reihe ist. Dies steht jedoch im Widerspruch zu unserer Auffassung, denn wir halten es für grundsätzlich wichtig, dass die Erklärungen, die uns im Laufe unseres Jahrhunderts begleitet haben – sei es das 14-Punkte-Programm von Präsident Wilson oder die Atlantische Charta – endlich Wirklichkeit werden. Im Hinblick auf Tschetschenien konnte davon keine Rede sein.

Vergessen wir nicht, dass Tschetschenien Jahrhunderte lang gekämpft hat, um gegenüber Russland seine Unabhängigkeit zu bewahren. Erst 1859, d. h. 29 Jahre nach der Eroberung Algeriens durch Frankreich haben die Tschetschenen mit ihrer Kapitulation ihr Todesurteil unterzeichnet. Damals wurde ein großer Teil der Bevölkerung ausgerottet und die Tschetschenen wollten von Anfang an ihre Unabhängigkeit wiedererlangen. Ich kann mich erinnern, dass bereits in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg Tschetschenien ständig Widerstand leistete. Dieser Kampf, in dem es heute um das Überleben Tschetscheniens geht, wird derzeit weiter geführt.

Außerdem muss man, was die Glaubwürdigkeit russischer Äußerungen anbelangt, größte Vorsicht walten lassen. Glücklicherweise haben einige Vertreter des Rates und der Kommission auf bestimmte Versprechungen verwiesen, die von Russland und Präsident Jelzin gemacht worden sind. Man muss bedauerlicherweise einräumen, dass Präsident Jelzin heute kein freier Mann mehr ist, sondern Spielball gewisser Mächte, aber man muss auch sagen, dass eingegangene Verpflichtungen nicht eingehalten worden sind. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Denn das sich gegenwärtig abzeichnende Schema ist nicht neu und wurde bereits von Herrn Breschnew und anderen praktiziert. Wenn Grosny fällt – und genau das ist ja momentan der Fall – wird es unmittelbar darauf zur Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Moskau und einer Demokratischen Republik Tschetschenien kommen. Und der Präsident Inguschetiens, Sultanowitsch Achujew, erklärte gestern in aller Öffentlichkeit in Moskau, dass bereits eine von Jelzin auserwählte Regierung existiert. Sie wird angeführt von einem gewissen Dokusawgajew, dem ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjets in Tschetschenien. Hinter ihm steht Rustan Chasbulatow. Mit einem Wort, wir haben es mit

einer äußerst schwierigen Situation zu tun und müssen daher unsere Stimme erheben.

Mit unserer Entschließung bin ich nicht ganz zufrieden, aber ich würde mich freuen, wenn sie die Zustimmung aller Fraktionen fände. Ich fordere also im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei alle Fraktionen auf, ihre Zustimmung zu erteilen, um zu bezeugen, dass wir uns für die Menschenrechte einsetzen.

28. ABKOMMEN MIT MAROKKO (MENSCHENRECHTE IN MAROKKO UND DER WESTSAHARA)¹

Herr Präsident, Marokko ist für uns ein ganz wichtiger Staat. Man braucht nur die Karte anzuschauen, um zu wissen, wie bedeutend er ist, mit einer Küste am Atlantik und einer anderen am Mittelmeer. In einer Zeit, in der wir uns prioritär mit der Mittelmeerregion befassen, ist es absolut notwendig, dass wir unsere Beziehungen zu Marokko weiter ausbauen, weil Marokko für uns allein schon aufgrund seiner geografischen Lage von Bedeutung ist.

Dazu kommen noch die politischen Tatsachen. Im Maghreb gibt es zwei islamische Staaten, die gemäßigt sind – Marokko und Tunesien –, und einen Staat, der eine wirkliche Gefahr ist, denn er ist eine tickende Zeitbombe, und das ist Algerien. Es ist daher notwendig, dass wir die gemäßigten Kräfte unterstützen in Nordafrika, das für uns lebenswichtig ist, denn das Mittelmeer ist ja historisch gesehen nicht die Südgrenze Europas, sondern dessen Drehscheibe. Wir sollten in diesem gesamten Raum die gemäßigten Kräfte gegenüber dem Extremismus verteidigen und ihnen Kraft geben. Ganz abgesehen davon haben wir auch zahlreiche kulturelle Gemeinsamkeiten. Wenn man heute über Spanien nach Marokko fährt, z.B. über Sevilla nach Rabat, stellt man fest, dass die Kutubija der Giralda sehr ähnlich ist. Wir haben eine gemeinsame Architektur, eine gemeinsame Tradition, und obwohl wir uns gegenseitig bekriegt haben, gibt es immerhin ein Beispiel, zumindest nach meiner Auffassung, für die friedliche Koexistenz der Religionen, nämlich das Königreich der drei Religionen in Toledo. Dort waren gleichzeitig die jüdische, die islamische und die christliche Religion vertreten, wie man es ja auch an der Kathedrale von Toledo erkennen kann.

Wir haben daher verschiedene Gründe, um unsere Gemeinsamkeiten mit Marokko auszubauen. Dazu kommt, dass es im arabischen und islamischen Raum eigentlich zwei Staaten gibt, die uns sehr nahe stehen. Der eine ist das Emirat Oman im südlichen Teil der arabischen Halbinsel, der andere ist Marokko.

Es wird natürlich immer wieder über Marokko gesagt, dass es dort Missstände auf dem Gebiet der Menschenrechte gibt. Ich leugne das nicht, das ist zweifelsohne der Fall. Es ist eben so, dass es verschiedene Grade der Kultur und der Entwicklung gibt. Wir sollten nicht einfach sagen, es muss alles genau nach unserem Standard durchgeführt werden. Entscheidend ist, wie sich ein Land entwickelt, und man muss sagen, dass Marokko gerade in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte auch auf dem Gebiet der Demokratie gemacht hat.

¹ Erklärung des Rates und der Kommission

Ich glaube daher, dass Marokko tatsächlich ein Recht darauf hat, dass wir uns ernstlich damit befassen, dass wir Marokko die notwendigen Verbindungen geben und es konkret unterstützen.

Es wird ferner immer wieder von der Frage der Sahara gesprochen. Ich glaube, ich bin wahrscheinlich der einzige hier in diesem Parlament, der sagen kann, dass er das erste Mal vor über fünfzig Jahren in der Sahara war. Das ist kein besonderes Privileg, ich bin schließlich der Älteste in diesem Parlament. Dazu muss ich eines sagen: Ich sehe, was da für Entwicklungen stattgefunden haben. Wenn man heute über die Wähler und die Wählerregistrierungen spricht, sollte man sich über die Lage im klaren sein. Es wird immer wieder gefordert, es sollte nur nach einem gewissen Register vorgegangen werden, das noch in der spanischen Zeit aufgestellt wurde. Das wäre vollkommen falsch. Es sind inzwischen viele Neuansiedler gekommen, die tatsächlich dort Gewaltiges geleistet haben. Hier bei uns in Europa denken wir heute auch, dass man die Leute nicht mehr hinauswerfen kann, die alles mitaufgebaut haben. Das sollten wir uns auch bezüglich der Sahara vor Augen halten.

Dann werden natürlich immer wieder Argumente gegen den Islam ins Feld geführt, wobei man dann immer wieder darauf hinweist, was alles in den Zeiten von Chomeini im Iran geschehen ist. Man darf die verschiedenen Strömungen innerhalb des Islam nicht einfach über einen Kamm scheren, sondern man muss tatsächlich erkennen, dass es da verschiedene Kräfte und auch viele Kräfte gibt, vor denen wir Respekt haben müssen.

Es gibt da allerdings viele, die schon deswegen dagegen sind, weil sie ja im Grunde genommen nur Rassisten sind, die sich aber nicht trauen, offen zu sagen, dass sie das sind. Das ist schön getarnt, und damit bringen sie diesen Aspekt auch noch ein. Daher sollten wir Marokko tatsächlich ermutigen. Wir sollten diesen Vertrag annehmen, der übrigens sehr gut ausgehandelt wurde, und wir sollten insbesondere etwas erkennen: Wenn wir zusammen arbeiten wollen, sollte es auch eine gewisse freundschaftliche Öffnung geben.

Es gibt ein altes deutsches Sprichwort: Man fängt Fliegen nicht mit Essig, sondern mit Honig. Ich bitte daher, in diesem Sinne zu handeln und den Marokkanern die Tür zu öffnen. Sie verdienen es wirklich. Ich glaube, dass wir trotz aller Vorbehalte, die gewisse Mitglieder des Parlaments haben können – hauptsächlich sind es diejenigen, die sich nicht auskennen –, den Marokkanern zeigen sollten, dass wir ihre Freunde sind. Wir wollen die gemäßigten islamischen Staaten unterstützen, und wir wollen hauptsächlich aus dem Mittelmeer eine Zone des Friedens machen!

¹ Bericht (A4-0173/96) von Herrn von Habsburg über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates und der Kommission über den Abschluss des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits.

29. WAHL DES PRÄSIDIUMS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VORSITZ: OTTO VON HABSURG

Ich erkläre die am Freitag, den 13. Dezember 1996 unterbrochene Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für wieder aufgenommen.

Meine Damen und Herren! Wieder einmal tritt unser Parlament zusammen, um für die nächste halbe Legislaturperiode seine führenden Funktionsträger zu wählen. Als Ältestem fällt es mir zu, diese Sitzung zu eröffnen, und Sie werden mir erlauben, da ich nämlich mit Abstand der Allerälteste in diesem Parlament bin, ein paar ganz kurze persönliche Bemerkungen zu machen.

Ich bin heute der letzte in diesem Hohen Haus, der vor dem Ersten Weltkrieg geboren wurde und sich auch noch aus eigenem Erleben an dieses epochale Ereignis erinnern kann. Ich stamme noch aus einer Zeit, die durch den Wiener Kongress am Ende der Napoleonischen Kriege geformt wurde. Ihm verdanken wir jene lange Friedensperiode, die den unvergleichlichen Aufschwung der damaligen Zeit mit seinen Licht- und Schattenseiten hervorbrachte. Drei weitere Weltkriege habe ich persönlich miterlebt, denn der sogenannte Kalte Krieg war doch nichts anderes als der Dritte Weltkrieg. Auch war ich Zeuge zweier gottloser und daher menschenfeindlicher totalitärer Diktaturen – Stalin als Nachfolger Lenins und Hitler –, ihres Aufstieges und ihres furchtbaren Endes. In dieser Zeit war es mir gegeben, mit großen Männern, die unserem Kontinent viel gegeben haben, zusammenzuarbeiten. Es begann mit dem Propheten Europas, Richard von Coudenhove-Kalergi, dem Gründer der Paneuropa-Union, der uns schon 1922 gesagt hatte, dass Europa schwer leiden würde, wenn es sich nicht zeitgerecht vereint. Er hat mit Aristide Briand und Gustav Stresemann das Ziel nur knapp verfehlt. Wäre es damals erreicht worden, hätte es uns Millionen von Toten und unabsehbare menschliche und materielle Verluste erspart. Ich hatte auch das Glück, an den Bestrebungen von Staatsmännern wie Robert Schuman, Joseph Bech, Konrad Adenauer, Charles de Gaulle und Franz Josef Strauß beteiligt zu sein. Schließlich ist es mir gegeben, am Abend eines langen Lebens nunmehr schon 18 Jahre Bayern im Europäischen Parlament zu vertreten. Eine wunderbare Zeit, in der man jeden Tag das Gefühl hat, dass der Einsatz sinnvoll ist, ganz abgesehen von der Freundschaft mit vielen Menschen, aus vielen Nationen und Parteien, die das Verständnis für den Sinn und die Aufgabe Europas in den kommenden Jahren eint.

In dieser fast das ganze Jahrhundert umspannenden Perspektive sei es mir erlaubt, zwei Bemerkungen zu machen. Ich tue dies nicht zuletzt im Gedenken an eine der größten Reden, die ich in diesem Hause hören konnte, die Eröffnungsrede der ersten Alterspräsidentin, der großen

französischen Dame, Louise Weiss, die zu lesen uns auch heute noch viel an Werten vermittelt.

Wir stehen in einer Zeit des geschichtlichen Umbruchs, der uns neue Dimensionen eröffnet. Distanzen, Raum und Zeit haben eine ganz andere Bedeutung als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Bedingungen unseres Lebens haben sich tiefgreifend gewandelt. Die Beziehungen zwischen Menschen und Nationen sind anders als noch vor wenigen Jahrzehnten. Wir sind demnach berufen, Politik neu zu überdenken. Wir sind mitten in einer Krise, wobei dieses Wort im Sinne seines chinesischen Schriftzeichens große Gefahr, aber auch eine große Chance bedeutet.

Das bedeutet eine gewaltige Verantwortung für uns, denn wir haben die Ehre, Mitglieder der einzigen europäischen demokratisch gewählten Instanz zu sein. Wir können diese Verantwortung nicht auf andere abwälzen, denn ein jeder von uns hat seine Aufgabe aus freiem Entschluss übernommen, als er die Kandidatur zum Europäischen Parlament annahm. Wir sind damit gegenüber jenen, die uns ihr Vertrauen gegeben haben, in der Pflicht. Wir müssen dieser unter vollem Einsatz unserer Kräfte entsprechen. Hier müssen persönliche und private Interessen immer zurücktreten. Wir schulden unseren Wählern und der europäischen Idee unseren unbeschränkten Einsatz. Das Nichterscheinen an Arbeitstagen, und Sie werden es mir erlauben, weil es mein Steckenpferd ist, einschließlich des Freitags, lässt sich nicht rechtfertigen, wollen wir glaubwürdig bleiben. Gewiss wird es Fälle höherer Gewalt geben, die aber seltene Ausnahmen bleiben müssen.

Unsere historische Verantwortung gilt allen Europäern, wenn wir in der Europäischen Union mehr sehen als einen großen Markt und einen Club reicher Nationen.

Das vereinte Europa muss die Heimat aller Europäer sein, auch derjenigen, die heute noch nicht unserer Union angehören, die aber am vereinten Europa mitarbeiten wollen. Unsere Tore müssen für sie stets offen bleiben. Wir müssen dafür einstehen, dass diese Europäer, sobald sie den Grundbedingungen Europas entsprechen, ein Recht darauf haben, unverzüglich auch die Mitgliedschaft der Europäischen Union zu erhalten.

Das ist nicht nur eine Pflicht, es ist auch unser Interesse. Ein großer europäischer Abgeordneter und vielen unter uns bekannter Kollege, der verewigte Dr. Heinrich Aigner, hat es so formuliert: „Europa ist der einzige realistische Friedensgedanke!“ Er hat damit zum Ausdruck gebracht, dass wir nicht an erster Stelle ein großer Markt oder eine Wirtschaftsgemeinschaft sein sollen, sondern eine Sicherheitsgemeinschaft, die uns und vielen anderen Völkern ein Garant des Friedens ist. Europa ist nicht nur Paris, London, Madrid, Rom, Berlin, Luxemburg, Brüssel, Den Haag, Lissabon, Wien, Helsinki, Dublin, Kopenhagen, Athen oder Stockholm, sondern ebenso Budapest, Prag, Warschau, Ljubljana, Vilnius, Riga, Tallin, Bratislava, Zagreb, Bukarest, Kiew, Skopje, Sofia, Sarajewo, Tirana, Vaduz, La Valletta, Nicosia, Oslo, Bern und Belgrad. Auch für die Bürger dieser Städte, für die

Einwohner der mittel- und osteuropäischen Länder, muss das sich vereinigende Europa offen bleiben.

Die Europäische Union darf kein geschlossener „Club der glücklichen Nationen“ werden, vor dem der tschechische Präsident Václav Havel kürzlich gewarnt hat. Es hieße, die Idee Europa verraten, wenn wir nun, nachdem der militärisch begründete „Eiserne Vorhang“ gefallen ist, unsererseits in der Mitte Europas eine neue Wohlstandsgrenze entstehen ließen. Man hört, die Erweiterung würde uns teuer zu stehen kommen. Gewiss, alle guten Dinge sind teuer, aber in einer gefährlichen Welt steht an erster Stelle die Sicherheit, und diese kann uns nur ein geeintes Europa geben. Die Erfahrung lehrt uns, dass ein Tag Krieg mehr kostet an menschlichem Elend und wirtschaftlicher Vernichtung als ein ganzes Jahr der Ausgaben für die Friedenserhaltung. Auch sagt uns ein weises französisches Sprichwort: „Plaie d'argent n'est jamais mortelle“. Andere Dinge sind tödlich!

Meine Damen und Herren, die Aufgabe, die unser harrt, ist gewaltig. In diesem Haus sind wir berufen, Geschichte zu machen. Das schulden wir unseren Völkern und einem jeden unserer Wähler. Dieser Verpflichtung müssen wir entsprechen. Eine herrliche, aber auch schwere Aufgabe. Viel wird sich in den nächsten zweieinhalb Jahren entscheiden. Und dafür tragen wir die Verantwortung.

Auf diesem Weg wünsche ich uns allen Gottes reichsten Segen, uns und jenen Frauen und Männern, die Sie in den nächsten Stunden zu hohen Ämtern berufen werden.

Und nunmehr, an die Arbeit!

30. ERWEITERUNG - AGENDA 2000¹

Herr Präsident, als Berichterstatter über Ungarn habe ich mit großer Zufriedenheit feststellen können, dass in den ganzen Diskussionen der letzten Monate Ungarn immer als Beispiel angeführt wurde. Ich glaube, das ist nur zu berechtigt. Ich kenne dieses Land zufällig wirklich gut und bin wohl auch der einzige Parlamentarier hier, der Ungarisch spricht, dessen Muttersprache Ungarisch ist. Daher verständige ich mich leichter mit den Menschen als jemand anderes. Es gibt objektive Gründe dafür, warum Ungarn heute gegenüber Europa in einer günstigen Position ist. Da ist erstens einmal die Tatsache, dass dieses Land seit elfhundert Jahren, seit seiner Gründung, immer europäisch orientiert war. Daran wurde niemals gerüttelt, es war immer europäisch orientiert.

Der beste Beweis in unserer Zeit ist jener Freiheitskampf der Ungarn 1956, den man eigentlich, wenn man den Kalten Krieg als den Dritten Weltkrieg betrachtet, als das Stalingrad des Dritten Weltkrieges bezeichnen könnte, denn seit dieser Schlacht von Budapest ist es mit der Sowjetunion ständig bergab gegangen. Das war alles einer großen nationalen Einheit zu verdanken, die in Ungarn bestanden hat und die eine Charakteristik dieses Volkes ist. Ich möchte auf eine Tatsache hinweisen, auf die ich erst bei den Studien im Rahmen der Ausarbeitung dieses Berichts gestoßen bin: Schon 1982 – und damals gab es eine absolute Einparteienregierung in dem Land – hat die Regierung bereits den verschiedenen Sektoren des Staates Order erteilt, alle Gesetze und Vorschriften darauf auszurichten, dass dieses Ungarn der Europäischen Union einmal beitreten kann.

Wenn daher die Kommission in ihrem Bericht feststellt, wie positiv es ist, dass in Ungarn der *acquis communautaire* vor allem auf der juristischen Ebene nicht auf die gleichen Schwierigkeiten stößt wie anderswo, so ist das auf die Initiative dieser Menschen zurückzuführen, die alle offizielle Mitglieder der kommunistischen Partei waren, die aber in entscheidenden Fragen als Patrioten und nicht als Kommunisten gehandelt haben.

Das sind Beiträge zu Europa, die mich irgendwie an das erinnern, was Spanien Europa gebracht hat. Ich bin seit 1979 in diesem Parlament, und damals hatte ich die Ehre, Mitglied des gemischten Ausschusses mit Spanien zu sein. Es war damals einer der glücklichen Momente zu sehen, dass die Spanier von rechts nach links einheitlich waren in der Frage Europa, und daher haben sie den Übergang wesentlich besser bewältigt als irgendein anderes Land. Von Anfang an war die Demokratie in Ungarn selbstverständlich, und es war ein Glück für Ungarn, dass nach der Befreiung durch die freien Wahlen zuerst eine konservative Regierung, dann eine linke Regierung an die Macht kam, die aber in den Grundfragen der Nation einheitliche Auffassungen vertreten haben und füreinander eingetreten sind.

Wir haben auch den großen Vorteil in Ungarn, dass es keinen einzigen Vertreter der extremistischen Parteien im ungarischen Parlament gibt. Keiner von denen wurde gewählt. Bei der letzten Abstimmung haben sich Faschisten und Kommunisten brüderlich vereint gegen die NATO-Mitgliedschaft Ungarns ausgedrückt, aber das ungarische Volk hat sich mit einer erdrückenden Mehrheit von über 80 % für die NATO ausgesprochen, und das ist immerhin ein bedeutendes Resultat.

Das sind alles Dinge, die zeigen, dass Ungarn wirklich von Anfang an zu Europa gehört hat, und daher hat es ein Recht, möglichst bald aufgenommen zu werden, ganz abgesehen davon, dass auch die ungarische Wirtschaft recht westlich orientiert ist und große Fortschritte gemacht hat. Ich danke Ihnen!

31. BEITRITTSGESUCH (UNGARN)¹

Herr Präsident, in der Diskussion um die Erweiterung wird immer wieder alles Mögliche genannt, was einfach den Realitäten in der Praxis nicht entspricht. Ich bin in den letzten Jahren sehr viel in Mittel- und Osteuropa herumgekommen, praktisch einmal jeden Monat. Ich weiß daher, eine Sache ist am wichtigsten: Fortschritt ist nur in einem gesicherten Frieden möglich. Das heißt, dass die Vorbedingung gesicherter Frieden und politische Stabilität ist. Dann kommt der wirtschaftliche Fortschritt automatisch. In diesen Ländern beweist sich tatsächlich, dass die Priorität bei der Politik und bei der Sicherheit liegen muss. Dann kann man den weiteren Fortschritt anstreben. Diese Überlegung ist besonders wichtig in einem Augenblick, in dem die Länder, die auf die Erweiterung warten, mit einem Brandherd an ihren Grenzen leben müssen. Das ist dieser Krieg im Kosovo. Daher muss man sich immer wieder etwas vor Augen halten: In der Politik muss man sich immer auf das Schlechteste vorbereiten. Tritt es dann nicht ein, kann man Gott danken. Aber auf alle Fälle ist man dann vorbereitet, wohingegen es schief geht, wenn man überrascht wird.

Diese Erweiterung ist daher für uns in dieser gefährlichen Zeit eine der besten Friedenssicherungen, wenn nicht überhaupt die einzige Friedenssicherung, die auf Dauer den Völkern das bringt, was sie wünschen. Insbesondere muss man erkennen, wenn man diese Länder bereist – ich glaube, Herr Donner wird mir da nicht widersprechen – und die Völker versteht, dass für sie der Frieden die erste Aufgabe ist. Aber der Frieden kann nicht durch irgendwelche Friedensgebete, sondern nur durch Entscheidungen und eine klare Politik erreicht werden.

Es gibt natürlich bei uns verschiedene Bedenken. Da höre ich zum Beispiel, dass man uns sagt, die Erweiterung koste so viel. Tatsache ist, dass der einzige Mensch, der sich wirklich in den Finanzen der Europäischen Union auskennt, nämlich der Chef unseres Rechnungshofes, Herr Friedmann, vor nicht zu langer Zeit in unserer Pan-Europa Arbeitsgruppe hier im Europaparlament war und uns in seinem Vortrag gesagt hat, dass die Kosten dieser Erweiterung absolut überschätzt werden, weil man auch niemals die Kosten der Nichterweiterung einschließt. Die sind aber ganz gewaltig. Außerdem sagt man uns – und da gibt es genügend Demagogen, auch hier, sogar einige, die hier vertreten sind –, dass Millionen von Arbeitssuchenden nach der Erweiterung zu uns kommen würden. Diese Menschen haben keine Erfahrung. Wissen Sie, der Vorteil ist, wenn man 85 Jahre alt ist – 86, verzeihen Sie –, kann man sagen, man hat alles und das Gegenteil von allem gesehen.

¹ Berichte von Herrn Oostlander und Herrn Baron Crespo (Dok. A4-0368/97)

Ich erinnere mich ganz genau, was es seinerzeit für ein Gewinsel gab, als man Spanien zum Beitritt zugelassen hat. Da werden jetzt die Spanier kommen. Nach zwei Jahren hat man mir dann gesagt: „Um Gottes willen, wo sind unsere Spanier hingegangen?“ Weil sie natürlich lieber am spanischen Wirtschaftsaufschwung unter der Sonne Andalusiens als im Nebel des Ruhrgebiets gearbeitet haben!

Das sind diese Erfahrungen, die man sich vor Augen halten sollte. Ein wichtiger Punkt ist, dass wir nicht mit einem Konvoi auf diesem Wege rechnen müssen. Jede dieser Nationen muss nach ihren eigenen Besonderheiten und nach ihren eigenen Entwicklungen beurteilt werden. Außerdem ist davon auszugehen, dass derjenige, der vorausgeht, die anderen nachzieht. Wenn man sich allerdings immer auf den Langsamsten einstellt, kommt man nicht weiter. Das ist bei allen Ländern heute der Fall. Erlauben Sie mir, Ihnen als Berichterstatter für Ungarn zu sagen, dass Ungarn eines der ganz wichtigen Länder ist. Es ist heute das Spitzenland, weil es immer wieder durch zwei Dinge vorangekommen ist: Erstens, das Wunderbare im ungarischen Parlament ist, dass es dort keine Parteipolitiker gibt, sondern Patrioten, wenn es um das Land geht. Sie sind einheitlich aufgetreten. Zweitens, weil sie verstehen, dass sie ihr Land zu vertreten haben, wenn sie im Ausland sind. Nachher können sie sich beschimpfen – und Gott sei Dank haben wir in Ungarn eine Sprache, die die anderen nicht verstehen, so dass man nicht weiß, was da gesagt wird.

Das gilt aber analog auch für die anderen Länder auf der Liste. Hier möchte ich insbesondere zu den baltischen Staaten etwas sagen: Es ist wunderbar, dass Estland aufgenommen werden soll. Aber man darf darüber Lettland und Litauen nicht vergessen. Sie bilden alle eine Einheit. Insbesondere muss ich auf Folgendes hinweisen: Wir dürfen nicht vergessen, dass Europa seinerzeit im Zweiten Weltkrieg durch einen europäischen Staat, um nicht Deutschland zu nennen, diese baltischen Völker dem Henker ausgeliefert hat. Wir haben daher eine moralische Verpflichtung, die Balten möglichst bald aufzunehmen. Das gilt aber auch für die anderen Partner in der sogenannten Spitzengruppe, aber auch für jene, die hinter der Spitzengruppe stehen und die für unsere Sicherheit lebenswichtig sind, nämlich die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und nicht zuletzt auch Kroatien. Denn Kroatien ist eines jener Länder, die sich am meisten entwickelt haben. Es arbeitet am meisten, obwohl es von uns praktisch überhaupt keine Hilfe bekommt, und wir müssen es daher unterstützen.

Alle Völker Europas haben ein Recht auf Europa, sogar die Serben, über die man so viel gesagt hat. Ich bin absolut dafür, dass die Serben auch beitreten können, wenn sie einmal von Milosevic frei geworden sind und eine demokratische Regierung haben. Wir müssen außerdem für alle Völker aus einem Grund eintreten: Die europäische Einigung ist die einzige konkrete Idee für Frieden und Wohlstand. Das muss die Grundlage unserer weiteren Politik sein. Daher, Herr Präsident, eine letzte Bitte: Beeilen wir uns damit! Lassen wir die Dinge nicht warten, denn die geschichtlichen Gelegenheiten gehen allzu schnell vorbei.

¹ Bericht von Herrn von Habsburg über die Fortschritte Ungarns auf dem Weg zum Beitritt (Dok. A4-0154/99)

32. FRIEDENSPROZESS IM NAHEN OSTEN¹

Herr Präsident, ich möchte hier vor allem sprechen als jemand, der von sich selbst glaubt, dass er ein wirklicher Freund des Staates Israel ist. Ein Europäer, der den Zweiten Weltkrieg und den Hitlerismus mitgemacht hat, wird immer ein tiefes Gefühl für die verfolgten Juden haben, speziell weil ich so viele Freunde hatte, die in dieser Katastrophe umgekommen sind.

Ich möchte jedoch auf der anderen Seite sagen, dass meine Politik an einem Gedanken orientiert ist: Im Nahen Osten darf so etwas nicht mehr geschehen; wir werden das niemals mit Gewalt erreichen. Wir müssen also alles tun, damit sich die Juden und die Araber aussöhnen. Das ist durchaus möglich, denn es gibt eine ganze Reihe von arabischen Staaten, wie z.B. Marokko, wo die Verständigung zwischen Juden und Arabern perfekt ist. Ich habe selbst erlebt, dass die vielen marokkanischen Juden in Israel heute die beste Brücke zum islamischen Staat Marokko darstellen. Daher ist es sehr vernünftig, dass wir in diesem Augenblick eine solche Entschließung einbringen.

Man hat jetzt sehr viel davon gesprochen, dass am 4. Mai der palästinensische Staat ausgerufen werden sollte, und ich bin glücklich, dass Herr Arafat, der eine große staatsmännische Fähigkeit in dieser Situation gezeigt hat, sich bereit erklärt hat, das zu verschieben. Auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht vergessen, dass auch Wahlen in Israel anstehen, und die werden von ganz entscheidender Bedeutung für die Zukunft sein. Wir haben israelische Staatsmänner, die tatsächlich die Situation erkannt haben, dass Israel ohne die Freundschaft mit den Arabern nicht leben kann, sondern dass es früher oder später zerstört wird, wenn es das nicht zustande bringt. Da hat ein Mensch wie z.B. Simon Peres oder andere seiner Mitarbeiter in der Arbeiterpartei tatsächlich eine klare Politik vertreten, und daher sollten wir nun der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass auch von israelischer Seite absolut klar erklärt wird, dass man diesen Frieden will und dass die verschiedenen Unterdrückungsmaßnahmen, die seit der Machtergreifung und seit der Ernennung von Netanjahu zum Ministerpräsidenten leider immer wieder geschehen sind, nicht weiter verfolgt werden. Wir hoffen, dass Menschen in Israel an die Macht kommen, die tatsächlich aus dieser Situation heraus mit voller Kraft eine Aussöhnung zwischen Israel und den Palästinensern erarbeiten werden, darin liegt die Zukunft der Region!

Ich glaube, wer die Region kennt, der weiß auch: Sollte diese Aussöhnung gelingen, wird diese Region aufblühen, und so werden in Zukunft diese verschiedenen Spannungen, die jetzt bestehen, eine traurige Erinnerung an die Vergangenheit sein.

¹ Vorschlag für eine Entschließung von Herrn von Habsburg und Kollegen (Dok. B4-0495/99)

FRAKTION DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI
(CHRISTDEMOKRATEN)
UND EUROPÄISCHER DEMOKRATEN
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

- Veröffentlicht von:** EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament
Dienststelle Wissenschaft - Dokumentation - Publikationen
- Verantwortlich:** Pascal FONTAINE
Stellvertretender Generalsekretär
- Koordination:** Angela KALADJIS
Pascaline RAFFEGEAU
- Fotos:** Foto-Dienststelle des Europäischen Parlaments
Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
1047 Brüssel
Belgien
- Originalversion:** FR
- Internet:** <http://www.epp-ed.org>
- E-Mail:** epp-ed@europarl.eu.int

OTTO VON HABSBURG

VON HAB